

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft

Negativzinsen find ich gut!



Vorteile eines allgemeinen Nullzins- bzw. Negativzins-Niveaus
Geldnutzungsgebühr und Inflation – Anmerkungen zu einem Missverständnis
Positionspapier auf www.geldreform.eu unterstützen!

Liebe Leserinnen und Leser,

Dafür, dass du mit einer Idee wirklich Neuland betrittst, gibt es einen untrüglichen Beweis: Sie verstehen dich nicht. Gib ihnen die Chance, deine Sprache zu erlernen.«

Diesen Ausspruch des Aphoristikers Karl-Heinz Karius sollten wir uns zu Herzen nehmen, wenn es um Negativzinsen geht. Denn tatsächlich haben europäische Zentralbanken mit den negativen nominalen Zinssätzen, mit denen sie seit 2009 (Schweden) experimentieren, ökonomisches Neuland betreten – aber das allgemeine Unverständnis und die Unsicherheit im Umgang damit sind noch groß.

Doch wir meinen: Der eingeschlagene Weg ist richtig. Wir müssen nur noch tiefer in dieses Neuland vordringen. Je weiter wir uns vorwagen, desto mehr Erstaunliches und Schönes werden wir entdecken! Mit diesem Heft versuchen wir, einen Teil der diffusen Ängste rund um Negativzinsen zu zerstreuen.

Bei jeder Expedition ins Neuland ist es allerdings besonders wichtig, auf die Ressourcen zu achten. Daher muss jetzt unbedingt dafür gesorgt werden, dass alle ausreichend mit dem Überlebenswichtigen versorgt werden: mit Nahrung, Wasser, gesunder Luft und einer sicheren Bleibe. Dieser »Lebensraum«, den alle Menschen brauchen, darf nicht von einigen Wenigen privatisiert oder gar zerstört werden. Die Flüchtlinge, die nun verstärkt zu uns kommen, mahnen dies ganz konkret an. Eine weitere Chance für einen diesbezüglichen Richtungswechsel ist in Deutschland die anstehende Grundsteuerreform. Deswegen empfehlen wir weiterhin die Unterzeichnung des bundesweiten Aufrufs »Grundsteuer: Zeitgemäße!«: www.grundsteuerreform.net



Für Dezember planen wir eine Ausgabe als neues »Basisheft« in hoher Auflage und wollen darin unsere Anliegen der Geld- und Bodenreform ganz allgemeinverständlich erklären. Dabei hoffen wir auf Ihre Ideen und Mithilfe bei der Verbreitung der Hefte. Schon jetzt können Sie unsere gemeinsame Sache unterstützen, indem Sie das Positionspapier »Stabile Währung durch Haltegebühr auf Geld« unseres Bündnisses online unterzeichnen: www.geldreform.eu

Viele Grüße vom INWO-Team

Beate Bockting



Kontakt: Redaktion@INWO.de

Inhalt

- 3 Beate Bockting: Negativzinsen – find ich gut!
- 6 Klaus Willemssen: Vorteile eines allgemeinen Nullzins- bzw. Negativzins-Niveaus
- 9 Martin Schmid: Negativzinsen – ja, aber ...
- 10 Ökonomen für Durchbrechung der Nullzins-Schranke
- 12 Walter Hanschitz-Jandl: Geldnutzungsgebühr und Inflation
- 15 INWO Deutschland, Positionspapier online unterzeichnen
- 18 INWO Schweiz, Stand Vollgeld-Initiative
- 20 Buchvorstellungen
- 21 Bestellformular
- 22 Mitgliedsantrag INWO D
- 23 Termine, 56. Mündener Gespräche

Impressum

FAIRCONOMY 11. Jahrgang, Nr. 3 Sept. 2015, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), M. Gassner
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail: Versand@INWO.de

Auflage: 2.000 Exemplare; davon 420 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

Bildnachweis:

Titelseite: © S. Hofschlaeger / pixelio.de, Christina v. Puttkamer; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3: © www.oliver-jeffers.com; 4: © uschi dreiucker / pixelio.de; 6: © birgitta hohenecker / pixelio.de; 7: © Oliver Klas / pixelio.de, Christina v. Puttkamer; 8: © Tim Reckmann / pixelio.de, Christina v. Puttkamer; 9: © Dr. Klaus-Uwe Gerhardt / pixelio.de; 10: © Rainer Sturm / pixelio.de, M. Großmann / pixelio.de, Christina v. Puttkamer; 11: © birgith / pixelio.de; 12: © Benjamin Klack / pixelio.de; 13+14: © Lupo / pixelio.de; 18+19: © www.vollgeld-initiative.ch, Silvan Nietlisbach; 20: © A. Lindert-Rottke / fotolia.com; © 23: © Joss / pixelio.de; 24: © DDRockstar / fotolia.com

Layout: design-angel.de, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Mühlbauer Druck, Puchheim (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt: Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg,
Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602,
E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>

Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)
IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist ei-

ne Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Negativzinsen – find ich gut!

Mit der Einführung nominaler Negativzinsen haben die Notenbanken unbekanntes Terrain betreten. Viele sind noch verunsichert und hoffen, dass es sich nur um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Andere sind schlauer und bereiten sich vor auf die weitere Erkundung dieses fruchtbaren Neulands.

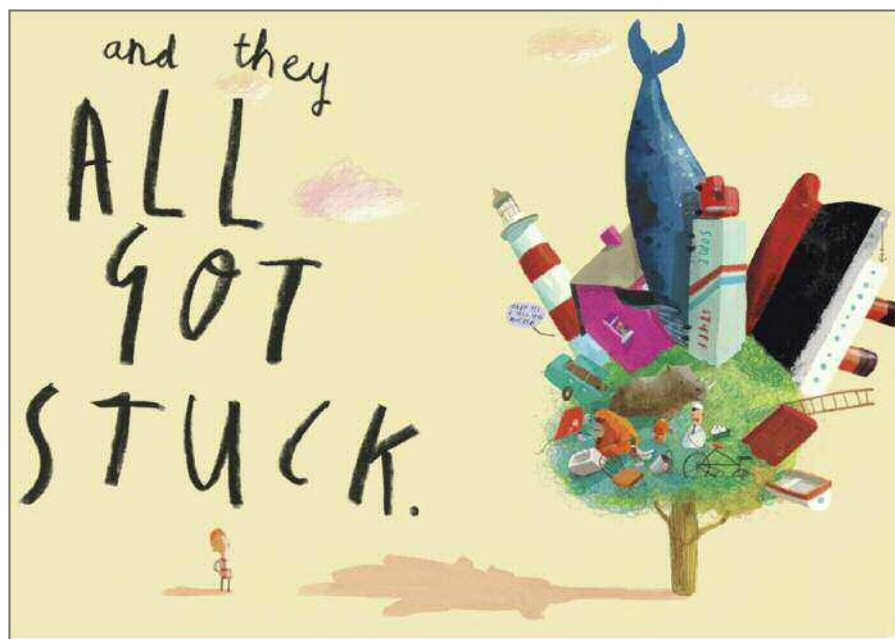


Illustration aus dem Kinderbuch von Oliver Jeffers: Stuck, Philomel Books 2011, ISBN-10: 0399257373

Andrew Haldane, Chefökonom der Bank of England und Mitglied des Monetary Policy Committee, hielt Ende Juni in der Londoner Volkshochschule eine Rede mit dem Titel »Stuck«.¹ Das Zinsniveau säße vergleichbar hartnäckig fest (»stuck«), wie in einem Kinderbuch der Drachen in einem Baum, der sich nicht einmal bewegte, als das Kind mit einem Ozeandampfer nach ihm warf. – Und das auf seinem tiefsten Stand überhaupt: »Es hat sich herausgestellt, dass die Zinsen niedriger sind als zu irgendeiner Zeit in den letzten 5.000 Jahren.«

Die realen Zinsen seien global seit über 30 Jahren gesunken und lägen aktuell bei null oder sogar etwas darunter. Seine Erklärungen für diesen außergewöhnlichen Rückgang sind übermäßige Ersparnisse im Osten, unzureichende Investitionen im Westen, sich verschlechternde demografische Trends und – endlich setzt sich diese Erkenntnis durch: – zunehmende Ungleichheit. Der ehemalige US-Finanzminister Larry Summers nannte diese Entwicklung »secular stagnation«.

Wirtschaftliches Neuland weiter erkunden!

Analog zum Geschehen im Kinderbuch könne man die Situation verschlimmern, wenn man die Zinsen zu schnell anzüge, warnte Haldane in seiner Rede. Das könne sich psychologisch negativ auf die noch vorsichtigen Konsumenten und Unternehmen auswirken und so die nächste Krise auslösen. Er deutete an, dass die Zinsentwicklung ebenso gut weiter in die andere Richtung gehen könnte: »Ich habe keine Vorliebe bezüglich der Größe oder Richtung zukünftiger Zinsschritte.«

Währenddessen sieht Thomas Jordan, Präsident der Schweizer Nationalbank, »Lichtblicke am Ende des Tunnels«. Zunächst könnten die USA mit einer Anhebung der Zinsen beginnen und Großbritannien könnte nachziehen. »Es gibt Anzeichen, dass sich die Wirtschaftsentwicklung im Euro-Raum erholt. Dann könn-

te sich dort die Geldpolitik normalisieren. Das würde uns erlauben, von den negativen Zinsen wegzukommen.«²

Solche Haltungen der Zentralbanker zeigen, dass sie sich mit den Negativzinsen noch nicht wirklich angefreundet haben. Sie träumen noch von wieder »normalen« Zeiten mit positiven Zinsen, wissen aber, dass das gefährlich wäre, weil viele Banken wie auch die Staaten und große Teile der Wirtschaft auf günstige Kredite und somit (momentan) auf niedrige Leitzinsen angewiesen sind und ganze Volkswirtschaften bei steigenden Zinslasten kollabieren würden.

Auch die Geschäftsbanken wollen es noch nicht so richtig wahrhaben, dass wir wirtschaftliches Neuland betreten haben, welches wir gar nicht mehr verlassen werden, sondern in das wir sogar noch tiefer vordringen müssen, damit es uns alle aufnehmen kann.

Wir müssen bei der Geldbasis noch tiefer ins Minus.

Kreditnehmer fürs Geldleihen bezahlen

So meldete der STANDARD dieser Tage, dass österreichische Geschäftsbanken bereits ins Schwitzen kämen und sich gegen mögliche Zinsgutschriften an Kreditnehmer wappeten.³ Die Institute informieren ihre Kreditkunden per Post, dass sie den Sollzinssatz nicht negativ werden lassen, sondern ihn bei null einfrieren wollen. Die Banken haben – noch vor der Finanzkrise – variabel verzinst Kredite vergeben und dabei häufig den Drei-Monats-Euribor als Basis genommen, der auf aktuell -0,02% gesunken ist. Noch verhindert der Aufschlag der Banken, der zwi-

1 www.bankofengland.co.uk/publications/Documents/speeches/2015/speech828.pdf

2 www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/schweizer-notenbank-negativzinsen-bleiben-noch-laenger/12253636.html

3 www.derstandard.at/2000020420252/Negativzinsen-bringen-Banken-ins-Schwitzen

schen 1,5 und 2% beträgt, dass nunmehr Zins-Auszahlungen statt Zins-Einnahmen fällig werden, aber offenbar befürchten die Banken dies für die nähere Zukunft.

»Die Sparkassen haben die Ansicht, dass Negativzinsen im Kreditbereich nicht weitergegeben werden – genauso nicht wie auf der Sparseite«, sagte der Präsident des Österreichischen Sparkassenverbands, Gerhard Fabisch, dem STANDARD. Er beruft sich dabei auf ein Urteil des Obersten Gerichtshofs, das vor einigen Jahren die Sparzinsen auf null begrenzte. »Und was bei Sparzinsen gilt, muss auch beim Kredit gelten«, meint auch Franz Rudorfer, Geschäftsführer der Bundessparte Bank und Versicherung in der Wirtschaftskammer Österreich.

Richtig, dass der österreichische Verein für Konsumenteninformation (VKI) den Kreditnehmern rät, dieser Rechtsansicht der Banken per Einschreiben zu widersprechen! Der VKI hat schnell reagiert und bereits Musterklagen eingebracht.

Kreditnehmer, die sich von der Bank Geld leihen und noch dafür bezahlt werden – das klingt zwar nach verkehrter Welt, ist es aber nicht. Es ist lediglich die marktgerechte Korrektur einer falschen Geschäftspolitik von Banken, die jahrzehntelang Guthaben durch überhöhte Zinsen haben explodieren lassen

Negativzinsen auf Sparkonten

Noch sehen auch schweizerische Banken die Entwicklung problematisch, denn sowohl der Libor, ein Interbankenzinssatz, der in der Schweiz häufig als Basis für Kredite herangezogen wird, als auch der SNB-Einlagenzins stehen zurzeit schon bei -0,75 %. Kein Wunder, dass in der Schweiz auch die Sparer zukünftig von Negativzinsen betroffen werden könnten, wie die SonntagsZeitung Anfang August unter Berufung auf Bankkreise berichtete. »Negativzinsen für Kleinsparer sind wohl nur eine Frage der Zeit. Je länger die SNB Zinsen erhebt, desto schwieriger wird es für viele Banken«, meinte Marc Bürki, Chef der Onlinebank Swissquote. Es brauche nur eine große Bank damit anzufangen, dann sei der Druck auf die anderen so groß, dass sie nachziehen müssten, wegen des hereinfließenden Bargelds.⁴

Andere Beobachter gehen eher davon aus, dass die Banken ihre Gebühren erhöhen, bevor sie Negativzinsen für Sparer einführen. Der Gewinnrückgang im Zinsgeschäft belastet die Banken jedenfalls schon jetzt. So ging beispielsweise bei der Berner Kantonalbank das Ergebnis aus dem Zinsgeschäft, der Hauptertragsquelle der meisten Banken, um 8 Prozent auf 142 Millionen Franken zurück.⁵ Auslaufende Festzinshypotheken werden heute zu deutlich tieferen Zinssätzen verlängert.

ten Bankangestellten werden sich in der Rolle vertrauenswürdiger Dienstleister wieder deutlich wohler fühlen, denn als Vertreter in Finanzprodukten, die ihren Kunden undurchsichtige Geldanlagen aufschwätzen müssen. Den Kunden bei der Finanzierung sinnvoller Vorhaben zu helfen und dabei auf ausreichend langfristige Spareinlagen zurückgreifen zu können, ist doch befriedigender. Das altmo-

Wir sind in der kapitalistischen Wirtschaft – entgegen allen Behauptungen – weit davon entfernt, die finanziellen Mittel optimal zu verteilen.

dische Verständnis ihres Berufs als Kreditvermittler kann heute auf neue Art wieder belebt werden. Institute wie die GLS machen vor, wie nachhaltige Vergabekriterien und Mitspracherechte der Kunden bei der Verwendung ihres Geldes Banken wieder mehr Ansehen verschaffen und sie attraktiver machen. Und die Banken müssen lernen, ihre Kosten an die eigentlichen Verursacher weiterzugeben. Schon beim jetzigen Stand bewirken die richtig weitergegebenen Negativzinsen in der Schweiz, dass (institutionelle) Kunden ihre kurzfristige Liquidität wieder abbauen und ihr Geld wieder längerfristig anlegen. Diese positive Entwicklung muss noch weiter vorangetrieben werden. Die Bankenwelt muss verstehen, dass in diesen Zeiten eher die Guthabenkunden als die Kreditkunden belastet werden müssen. Insbesondere muss die zunehmende Liquiditätshaltung in Form von Bargeld und Giralgeld durch Kostenpflichtigkeit eingeschränkt werden.

So war es höchst erfreulich, dass die deutsche KfW im April öffentlich über negative Zinssätze im Aktivgeschäft nachdachte. Nun ruderte die staatliche Förderbank zwar gegenüber der Börsen-Zeitung zurück: Ein negativer Zinssatz für Förderkredite, die Banken und Sparkassen mit einer Marge versehen an die Endkunden weiterreichen, wäre »mit erheblichem Aufwand bei der KfW und den durchleitenden Banken« verbunden. Auch seien negative Zinsen für Endkreditnehmer, also ein Satz unter der Nullmarke nach Aufschlag der Marge durch die Bank, »nicht vorgesehen.« Die Förderbank bleibt aber dabei, bei Bedarf mit Negativsätzen umgehen zu können. »Die finale Entscheidung wird in Abhängigkeit der Entwicklung des Zinsniveaus



und dafür Kreditnehmer und Staaten geschröpft haben, bis nichts mehr zu holen war. Die Korrektur einer falschen Geldpolitik der Notenbanken, die ihre Rolle als Kreditgeber letzter Instanz zu weit aufgefasst haben und über Bilanzausweitungen Systemfehler aufzufangen versuchen, muss noch weiter gehen: Wir müssen bei der Geldbasis, bei den Zentralbankeinlagen und beim Bargeld, noch tiefer ins Minus.

Gleichzeitig steht der Ertrag der Finanzanlagen unter Druck und die Absicherung der Zinsänderungsrisiken wird auch immer kostspieliger. Die Folge: Personalabbau.

Liquidität wird abgebaut

Dabei wird immer deutlicher, dass die Finanzinstitute ihre Geschäftsmodelle umstellen müssen. Das Dienstleistungsgeschäft wird in Zukunft die tragende Säule sein. Die meis-

getroffen.«⁶ Auch andere Banken sollten schleunigst Umsetzungspläne erstellen, um Negativzinsen betrieblich meistern zu können. Der Aufwand lohnt sich!

Bedenken

Überall sind die Anlageberater alarmiert, weil sie irgendwie mit der Nullzinspolitik zu recht kommen müssen. Ihre Kunden bangen um den Erhalt ihres Vermögens und empfinden es als ungerechte Umverteilung, wenn Schuldner entlastet und Sparer belastet werden. Doch was ist »ungerecht«? Wenn jemand, der über Jahrzehnte Zins und Zinseszins angesammelt hat, diese jetzt zurückgeben muss? Wenn überschuldete Menschen, die ihren Ursprungskredit über viele Jahre hinweg in Form von Zinsen eigentlich schon zurückgezahlt haben, endlich durch Negativzins-Anschlusskredite entlastet werden? Wenn jemand ein Vermögen geerbt hat und davon etwas abgeben muss? Geld arbeitet nunmal nicht von alleine, man muss was dafür tun, um es zu verdienen.

Sichere Altersvorsorge

Aber sind nicht die Sorgen berechtigt, die sich beispielsweise Schweizer Parlamentarier bezüglich der Pensionskassen und Versicherungen machen, die Probleme bekommen, weil sie mit ihren Anlagen immer weniger Erträge erzielen?

Was ist mit der Altersvorsorge der immer älter werdenden Bevölkerung? Wenn die niedrigen Zinsen der Staatskasse Minderausgaben in Milliardenhöhe bescheren, sie aber die Bürger die Rendite der Altersvorsorge kosten? Dazu ist ganz grundsätzlich zu sagen, dass die Alterssicherung nicht auf kapital»gedeckter« Rente basieren sollte. Das Umlageverfahren muss in seiner alten Bedeutung wiederhergestellt werden. Letztendlich ist es immer so, dass die mittleren Altersgruppen die jungen und die alten mittragen müssen. Oder möchten Sie, dass Ihr 2-jähriger nur noch vor dem Tablet-Computer sitzt und ein Roboter Ihrer alten Mutter den Popo abwischt? Die Produktivität unserer Volkswirtschaften ist heute so hoch, dass wir Erziehung und Pflege viel leichter bewältigen könnten als zu früheren Zeiten – wenn nur nicht die Kapitalbedienung unsere Zeit auffressen würde.

Optimale Allokation von Geld

Das bringt uns gleich zum wichtigsten Punkt: der Verteilung finanzieller Mittel. Der bekannte Schweizer Freiwirt Fritz Schwarz hat zu seiner Zeit als Ziel die Lösung ausgegeben: »Wir erobern uns die Welt unter drei Prozent!« Da-

mit meinte er, dass sich das Kapital ohne Geldhaltegebühr immer eine Verzinsung von mindestens 3% ausbedingen konnte. Investitionen wurden nur getätigt, wenn sie die Hürde des positiven Guthabenzinses überwinden konnten. *Deswegen* fehlt uns das Geld in den Bereichen, die einfach nur »wirtschaftlich« (im Sinne von »gut haushaltend«) betrieben werden könnten, aber nicht »rentabel« (im Sinne von »Zins abwerfend«): in Erziehung, Bildung, Pflege, in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und in vielen ökologischen Bereichen ...

Wir sind in der kapitalistischen Wirtschaft – entgegen allen Behauptungen – weit davon entfernt, die finanziellen Mittel optimal zu verteilen. Wir betreiben stattdessen Raubbau und Ressourcenverschwendung.

Aber wenn bei 0% Zinsen alles finanziert werden kann, wie unterscheiden wir dann zwischen guten und schlechten Risiken? Führt es nicht zu Blasenbildung, wenn eine Investition keine Mindestrendite zu erzielen braucht? Dieser Aufgabe können sich die Banker gern zuwenden, denn sie erfordert Beschäftigung mit den Menschen und ihren Vorhaben, nicht

**Landgrabbing und
Rentgrabbing müssen
aufhören.
Die ökonomischen
Renten müssen
geteilt werden!**

nur das Durchrechnen abstrakter und anonym Zahlen. Dabei treten die Banken heute in Konkurrenz zu Crowdfunding-Plattformen und privaten Gemeinschaften, die sich gegenseitig Geld leihen. Auch das ist gut so, denn entscheidend ist in Zukunft nicht, wie Geld vermehrt wird, sondern wofür Geld ausgegeben wird, damit es seinen Wert behält.

Billiges frisches Geld

Momentan schwindet das Vertrauen in die Währung, auch ohne Inflation. Woran liegt es denn dann, dass das Geld anscheinend seinen Wert nicht mehr erhält? Niemand glaubt mehr daran, dass sich die aufgestauten Kapitalmassen jemals wieder in echten Werten auszahlen. Der Zusammenhang zwischen »Gespartem« und der realen Wirtschaft ist verloren gegangen und dieser Umstand wird

durch die Nullzinspolitik der Zentralbanken, also durch das billige frische Geld, noch verstärkt.

Wer schlau ist, investiert in Sachvermögen und Beteiligungen – bis auch hier die Blasen wieder platzen ... Deshalb drängen viele Ökonomen verständlicherweise auf eine Anhebung des Leitzinses.

Doch entscheidender ist heute der Zins für Einlagen bei der Zentralbank. Wegen fehlender Umlaufsicherung konnte der Interbankenmarkt ins Stocken geraten und zeitweilig sogar ganz austrocknen, sowie die Marktzinsen manipuliert werden, bis sich die Zentralbanken genötigt sahen, selber massiv in den Märkten zu intervenieren, um dadurch das allgemeine Zinsniveau zu drücken. Doch die damit verbundenen Bilanzausweitungen sind gefährlich, denn damit verlieren die Zentralbanker immer mehr Kontrolle und das potentielle Inflationsrisiko steigt.

Damit sich wieder richtige Marktzinsen einstellen können, muss man dem liquiden Geld Beine machen. Es darf nicht spekulativ oder aus Angst zurückgehalten werden.

Alles schön und gut, ABER ...

Es gibt aber auch Zeitgenossen, die die jetzige Entwicklung völlig kritisch sehen: »Negativzins ist eher der letzte praktizierte Gipfel der Umverteilung von unten nach oben, die Kür sozusagen und noch viel offensichtlicher als jemals zuvor.« Der Negativzins werde »NIEMALS die kleine Schar der richtig Vermögenden treffen, die sind weder in Sparguthaben, Kontogeld, noch in Lebensversicherungen oder Renten investiert, allenfalls bieten sie uns genau »diese Produkte« an!⁷«

Es sei zwar richtig, über den Negativzins die Geld- (und Guthaben-)Mengen, die wegen des exponentiellen Wachstums durch Zins und Zinseszins über Jahrzehnte herangewachsen sind, abschmelzen oder gar vernichten zu wollen, um den drohenden totalen Crash immer weiter in die Zukunft zu schieben. – Aber aktuell werde der Negativzins zum »großen Abräumen« benutzt.

Da ist was dran. Daher verfolgen wir in der Freiwirtschaft auch zwei Ziele parallel: die Geldreform und die (erweiterte) Bodenreform. Allen rententragenden Assets, allen voran dem Grund und Boden, muss ihr Kapitalcharakter genommen werden. Ein wichtiger Schritt ist hier eine vernünftige, zeitgemäße Grundsteuerreform, wie man sie hier unterstützen kann: www.grundsteuerreform.net. Landgrabbing und Rentgrabbing müssen aufhören.⁸ Die ökonomischen Renten müssen geteilt werden! ■

4 www.sonntagszeitung.ch/read/sz_02_08_2015/wirtschaft/Sparern-drohen-Negativzinsen-40691

5 www.handelszeitung.ch/unternehmen/berner-kantonalbank-von-negativzins-belastet-828746

6 www.boersen-zeitung.de/index.php?li=1&artid=2015159006

7 qpress.de/2015/08/17/negativzins-zur-geldvernichtung-korrekt-anwenden

8 Hierzu sei der Blog von Prof. Dr. Dirk Lohr empfohlen: rent-grabbing.com/

Vorteile eines allgemeinen Nullzins- bzw. Negativzins-Niveaus

Die lang anhaltende Niedrigzinsphase macht sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen immer deutlicher bemerkbar. Die niedrigen Zinssätze und die daraus resultierenden Entlastungen der Schuldner haben für alle Bürger diverse positive Auswirkungen.

Leider wird der Zusammenhang zwischen niedrigen Zinslasten und gesunden ökonomischen Rahmenbedingungen nur zögerlich von Wissenschaftlern und Journalisten aufgegriffen. Eine erfreuliche Ausnahme stellen die aktuellen Beiträge des Wirtschaftsanalytikers Helmut Creutz für die Frankfurter Rundschau dar, in denen er erläutert, wie die niedrigen Zinsen das Gros der Haushalte entlasten.

Die Vorteile der niedrigen Zinsen liegen auf der Hand. Unternehmen kommen wesentlich günstiger als noch vor zehn Jahren an neue Kredite. Die niedrigen Zinsen machen heute Investitionen rentabel, die vor zehn Jahren wegen der Zinslasten keine angemessenen Gewinne erwirtschaftet hätten. Diese großflächigen Kostenentlastungen kommen letztlich dem Arbeitsmarkt und den Beschäftigten zugute. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze war, zumindest in Deutschland, nie so hoch wie heute. In zahlreichen Branchen konnten die Gewerkschaften spürbare Lohnerhöhungen durchsetzen. Die niedrige Zinsbelastung hat zusätzlich Mittel für Forschung und Innovation freigesetzt.

Massiv entlastet werden die Bürger, weil die öffentlichen Kassen schon heute einen hohen zweistelligen Milliardenbetrag weniger an Zinszahlungen aufbringen müssen. Dies wird sich mittelfristig spürbar auf das Steueraufkommen auswirken. Zusätzlich profitieren die Verbraucher von stabilen Warenpreisen. Dennoch liegt in der Berichterstattung der Fokus auf den geringeren Zinserträgen einiger Privatanleger und Pensionsfonds, ohne die gesamtwirtschaftlichen Effekte mit einzuberechnen. Dabei entsteht der Eindruck, als würde ein nennenswerter Teil der Bürger unter dem Strich eher be- als entlastet. Ein Eindruck, der durch die Fakten klar widerlegt wird.

Bundesregierung spart 25 Milliarden Euro pro Jahr

Die gute Haushaltslage ist die Folge der niedrigen Zinsen, schreibt das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (IWH). In einem kaum



Negativzinsen – damit in Bildung investiert werden kann, statt Zinsen zu zahlen.

vorstellbaren Ausmaß profitieren die öffentlichen Haushalte von der Niedrigzinspolitik. Die Einsparungen im Bundeshaushalt summieren sich allein in den letzten viereinhalb Jahren »auf rund 100 Milliarden Euro (mehr als 3% des Bruttoinlandsprodukts)«, ergaben die Berechnungen des Instituts. Dabei haben die Wissenschaftler lediglich die geringfügigen Schwankungen bei den Kosten der Staatsanleihen berücksichtigt, die direkt auf die Geschehnisse in Griechenland zurückzuführen sind. Je unsicherer die Situation dort war, desto mehr stieg die Nachfrage nach

deutschen Staatsanleihen. Allein der durch die Griechenland-Krise erzeugte zusätzliche Druck auf die Finanzmärkte erspart den deutschen Steuerzahlern Zinslasten von 25 Milliarden Euro pro Jahr. Erstaunlich dabei erscheint die Größenordnung der eingesparten Zinsen von »mindestens 100 Mrd. Euro«. »Diese Einsparungen übertreffen die Kosten der Krise – selbst dann, wenn Griechenland seine Schulden komplett nicht bedienen würde. Deutschland hat also in jedem Fall von der Griechenlandkrise profitiert.«

Dabei ist der Druck, der durch die Griechenlandkrise erzeugt wird, global betrachtet völlig unbedeutend. Allein die schiere Größe der existierenden Geldvermögen erzeugt einen bisher nicht da gewesenen Anlagedruck. In der Folge sinken die Kreditzinsen für solide Schuldner. Und je günstiger die Kreditbedingungen für Staaten, Konzerne oder Unternehmen werden, desto weniger sind sie auf neue Schulden angewiesen. Es entsteht ein positiver »Teufelskreis«.

Auch Bundesländer sparen Milliarden durch niedrige Zinsen

Davon profitieren auch die hoch verschuldeten Bundesländer. »Wegen der extrem lockeren Geldpolitik dürfte der Zinsaufwand der Länder weiter sinken«, schreibt DIE WELT. »Zusammen haben die 16 Bundesländer Verbindlichkeiten von rund 622 Milliarden Euro angehäuft. Die Kosten für den Schuldendienst seien seit 2010 bereits um rund ein Fünftel auf zuletzt 16 Milliarden Euro gesunken«, zitiert das Blatt den NordLB-Analyst Fabian Gerlich.

»Zwischen 1,5 bis 2,0 Milliarden Euro können nach unseren Prognosen 2015 netto getilgt werden«, errechnete die Landesbank. Das heißt, dass vier Milliarden Euro Steuergelder weniger für Zinsen ausgegeben werden. Zwei Milliarden davon kommen direkt den Bürgern zugute, die anderen zwei Milliarden verringern die Gesamtverschuldung. Das heißt aber auch: Die Entlastung der Steuerzahler ist unmittelbar von der Entwicklung der Zinssätze abhängig.

Die Formulierung der WELT: »Bundesländer tilgen sich dank Geldschwemme gesund« ist allerdings nur bedingt richtig. Schulden tilgen und damit finanziell genesen können Bundesländer, Staaten und Kommunen, aber auch Privathaushalte und Betriebe. Die Voraussetzung dafür ist aber weder eine »Geldschwemme« noch die Schuldenkrise eines anderen Landes. Ausschlaggebend für eine gesunde Schuldentrückzahlung sind dauerhaft niedrige Zinssätze und ein Kreditangebot, dass auch bei niedrigen oder negativen Renditen ausreichend groß bleibt. Für beides ist die Notenbank verantwortlich. Mit ihrer aktuellen Niedrigzinspolitik ist die Europäische Zentralbank (EZB) auf dem richtigen Weg. Niedrige Kreditzinsen erleichtern allen Schuldnern die Rückzahlung eingegangener Verpflichtungen. Selbst wenn eine wesentliche Verringerung der Gesamtschuld auf absehbare Zeit eher unrealistisch ist, wird die automatische Zunahme der Schuld durch Zins- und Zinseszins gebremst oder sogar gestoppt.

Niedrige Zinsen, weniger Arbeitslosigkeit, höhere Steuereinnahmen

Besonders deutlich wird der Einfluss der Zinssätze bei der Situation der Kommunen.

Während sich die meisten Gemeinden und Städte im Zuge der geringer werdenden Zinsausgaben teilweise sanieren konnten, sind einem knappen Viertel der Kommunen die Schulden längst über den Kopf gewachsen und wie in Griechenland werden ständig neue Schulden aufgenommen, nur um die Zinsen für die bestehenden Schulden zu begleichen. Geld, das fehlt, um in die Infrastruktur zu investieren. Es folgt die Abwanderung von Steuern zahlenden Betrieben und Familien. In der aktuellen Berichterstattung über die Krise der verschuldeten Kommunen verweist die ZEIT auf eine Studie der Bertelsmann-Stiftung: »Die Kluft zwischen den Gemeinden

Die öffentlichen Haushalte profitieren in einem kaum vorstellbaren Ausmaß von der Niedrigzinspolitik.

wächst: Die einen schwimmen im Geld, die anderen verschulden sich immer mehr«.

Finanzierungssituation besser denn je...

Für die Unternehmen in Deutschland ist die Sachlage deutlich. Sie können sich bei Bedarf günstig finanzieren und das Risiko einer Überschuldung und Insolvenz nimmt mit jedem Prozentpunkt bei den Zinsen ab. Die KfW-Bank fasst ihre Unternehmensbefragung 2015 wie folgt zusammen: »Niedrige Zinsen, geringe externe Finanzierungsbedarfe dank ho-

her Eigenfinanzierungskraft und eine konjunkturelle Erholung trotz ungünstiger Rahmenbedingungen verbessern die Finanzierungssituation der Unternehmen abermals. Niemals zuvor – seit Start dieser Befragung im Jahr 2001 – haben große wie kleine Unternehmen das Finanzierungsklima positiver beurteilt wie derzeit.« Ein Betrieb, der durch sinkende Zinskosten deutlich entlastet wird, kann Rückgänge im Ausland kompensieren. Ein Nullzins-Niveau wäre für viele Betriebe eine Alternative zu gewagten Auslandsgeschäften. Geringere Kapitalforderungen senken den Druck, immer mehr Umsatz zu erzeugen.

... aber es fehlen »kreditwürdige« Schuldner

Die von der EZB erzeugte Geldschwemme hat bisher jedoch nicht zu einer Kreditschwemme geführt. Rund ein Siebtel der Unternehmer scheitern bei dem Versuch, ihren Finanzierungsbedarf mithilfe von Bankkrediten zu decken. Insbesondere kleine und junge Unternehmen haben zu wenig Bonität oder Probleme, ausreichend Sicherheiten zu stellen. (vgl. KfW-Unternehmensbefragung 2015) Scheinbar widersprüchlich hierzu erklärte der Deutsche Bankenverband letzten November zu den Herausforderungen des Niedrigzinsumfelds, die Nachfrage nach Krediten bleibe verhalten. »Wir Banken stehen bereit und könnten wesentlich mehr Kredite vergeben, doch die Zahlen sprechen für sich.« So blieb das Gesamtvolumen der Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige im 3. Quartal 2014 nahezu unverändert. »Derzeit ist es sogar eher so, dass Kreditinstituten im Euroraum, die einen Liquiditätsüberschuss aufweisen, oftmals gar



keine andere Wahl bleibt, als diesen bei der EZB anzulegen. Selbst wenn sie Kredite vergeben wollen – sie finden keine Abnehmer«, erklärte Hauptgeschäftsführer Michael Kemmer. Um den Widerspruch aufzulösen muss man diese Äußerung um einen Halbsatz ergänzen: sie finden keine Abnehmer zu den von den Anlegern verlangten Konditionen. Die Vorliebe zur Liquidität hält selbst für deutsche Unternehmen den Zins relativ hoch und Kredite knapp. Wenn der zu erzielende Zinsertrag unter 3% liegt, werden langfristige Anlagen tendenziell in liquide Mittel umgewandelt. Diese Umschichtung verringert nicht nur das Kreditangebot, sie belastet auch die Bilanzen der Geschäftsbanken. Diese Kosten müssen sinnvollerweise an die Verursacher weitergegeben werden.

Ergänzung der Geldordnung durch konstruktive Umlaufsicherung

Der Deutsche Bankenverband prophezeite: Man könne nicht ausschließen, dass noch weitere Banken für größere Einlagen von Firmenkunden oder institutionellen Anlegern negative Zinsen berechnen würden. Schließlich müssten die Banken selbst, wenn sie das Geld bei der EZB einlegen, einen Strafzins bezahlen. Diese Weitergabe der »Strafzinsen« an die Verursacher ist eine richtige und notwendige Maßnahme. Derzeit kann sie jedoch zur Folge haben, dass Anleger auf Bargeldbestände ausweichen, um diese Kosten zu vermeiden. Dies würde den Geschäfts-

Je günstiger die Kreditbedingungen für Staaten, Konzerne oder Unternehmen werden, desto weniger sind sie auf neue Schulden angewiesen. Es entsteht ein positiver »Teufelskreis«.

banken wiederum zusätzliche Kosten verursachen und die herausgegebenen Geldmengen unnötig vergrößern. Die Negativzinsen der EZB müssen deshalb durch eine Gebühr auf Bargeld ergänzt werden.

Die Optimierung unserer Geldordnung durch ein dauerhaftes Nullzins-Niveau sollte Hand in Hand gehen mit einer stabilen, inflations- und deflationsfreien Währung. Eine erneute Bilanzausweitung der Europäischen Zentralbank würde den Euro unnötig weiter destabilisieren. Es gibt Politiker und Ökonomen, die

sich wünschen, immer neue Staatsausgaben durch das Drucken von neuem Geld finanzieren zu können. Dies wurde im Vertrag von Maastricht aus guten Gründen verboten. Die Schulden der Staaten würden andernfalls ins Unendliche anwachsen und der Euro würde inflationiert, bis alle Schulden und Geldvermögen eines Tages nichts mehr wert sind. Dies ist ein fataler Irrweg, der im großen Maße Unfrieden und Not mit sich bringt. Die direkte oder indirekte Finanzierung der Staatsschulden durch billige EZB-Kredite setzt politisch und ökonomisch falsche Anreize und ignoriert große Bereiche der Volkswirtschaft.

Es bleibt zu hoffen, dass sich mehr Ökonomen der Chancen eines allgemeinen Nullzins-Niveaus annehmen. Auch die Berichterstattung muss differenzierter werden. Es fehlt derzeit eindeutig an Fachwissen auf Seiten der Journalisten, die vielfach im ökonomischen Denken der 90er-Jahre hängengeblieben sind. Europa und der Euro-Raum können nachhaltig beruhigt werden, wenn alle Staaten auf Kreditzinsen nahe Null zugreifen können. Diese Konditionen sollten sich allerdings aus dem Angebot am Kapitalmarkt ergeben, und nicht aus Sonderkonditionen der Notenbank. Die spekulative Flucht der Geldanleger in die Liquidität kann durch eine wirksame Geldgebühr leicht vermieden werden. Die daraus resultierende Umschichtung zugunsten langfristiger Geldanlagen drückt dann auf die Kapitalmarktzinsen. Auf diese Weise können alle Marktteilnehmer von der Entwicklung profitieren.



Negativzinsen – damit das Geld in der Realwirtschaft fließt und den Beschäftigten zugute kommt.

Eine dauerhaft stabile Wirtschaft und eine ausgeglichene Wettbewerbssituation sind erst möglich, wenn ein flächendeckendes Nullzins-Niveau realisiert ist. Eine Geldreform mit einer Umlaufsicherungsgebühr, wie sie die INWO vorschlägt, ist dafür der maßgeblich notwendige Schritt.

Der Beitrag wurde erstmals auf dem Nachricht portal TELEPOLIS veröffentlicht: www.heise.de/tp/ Wir bedanken uns für die Nachdruckerlaubnis.

Verwendete Quellen:

- www.leibniz-gemeinschaft.de/medien/aktuelles/news-details/article/deutschland_profiziert_von_eurokrise_100002049/
- www.welt.de/wirtschaft/article138567938/Bundeslaender-tilgen-sich-dank-Geldschwemme-gesund.html
- www.zeit.de/wirtschaft/2015-08/gemeindefinanzen-kommunen-schulden-hartz-iv
- www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Unternehmensbefragung/Unternehmensbefragung-2015-KF.pdf
- bankenverband.de/newsroom/presse-infos/unternehmensfinanzierung-herausforderung-niedrigzinsumfeld/
- www.inwo.de/ziele/stabile-waehrung-durch-haltegebuehr-auf-geld/



Klaus Willemsen, Autor von »Das Märchen vom guten Zins«, ist freier Referent der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V. Seine aktuellen Kommentare zu Wirtschaft und Medien finden Sie hier: <http://www.INWO.de/medienkommentare/>

Negativzinsen – ja, aber...

...bitte mit zusätzlichem Schutz gegen die Spekulation mit natürlichen Ressourcen! Der Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft braucht neben der Tiefzinspolitik der Schweizer Nationalbank noch drei weitere Elemente und ein Umdenken in Sachen Boden und Ressourcen.

Die Negativzins-Politik der Schweizer Nationalbank habe ich sehr begrüsst. Seit rund hundert Jahren ist namhaften Ökonomen bekannt, dass anstatt Zinsen zu zahlen, gezielt auch mal Hortungsgebühren eingezogen werden sollten, je nach Konjunktur oder überhaupt, ABER ... (Fortsetzung folgt weiter unten)

Die heute am weitesten verbreiteten Denkweisen der Ökonomen setzen ja voraus, Geld sei ein Gut wie jedes andere: Gut! Dann soll es auch verfaulen, rosten, Unterhalt und Lagergebühren kosten! Dass Geld nicht ein normales Gut ist, merken immer mehr Menschen – denn es entsteht aus Nichts und aus Schulden. Dies ist seit der definitiven Aufgabe des »Goldstandards« Anfang der 1970er eigentlich weltweite Praxis. Wenn es »aus dem Nichts« geschöpft wird und dies von einer im Sinne der Volkswirtschaft umsichtig agierenden und der öffentlichen Hand gehörenden Zentralbank getan wird, dann kann dies durchaus nachhaltig sein. Wird dieses »aus dem Nichts« geschaffene Geld (Fiat-Money) dann an die Geschäftsbanken verliehen, kann einerseits die Menge gut geregelt werden, es entstehen der öffentlichen Hand Gewinne und es könnte ggf. sogar der Zweck der Investitionen ein wenig gesteuert werden, so dass die Realwirtschaft und somit die Bevölkerung einen positiven Nutzen davon hat.

Vom Geschäftsbanken-Buchgeld ...

Leider kommt aber heute alles Geld durch Schulden und ausschliesslich durch Banken in Umlauf, insbesondere indem Geschäftsbanken Kredite aus dem Nichts kreieren und für diese dann auch noch Zinsen verlangen, denen nicht in gleicher Höhe Refinanzierungskosten gegenüberstehen. So ist insgesamt die zurückgeforderte Geldmenge immer grösser als die bereits geschaffene – sodass ein Wirtschafts-Wachstumszwang entsteht, der zu neuen, zusätzlichen Schulden führt. Nach heutiger gesetzlicher Mindestreserve-Regelung muss eine Schweizer Geschäftsbank theoretisch nur 2.5% der Kreditvergaben bei der Nationalbank ausleihen – und entsprechend auch nur für diesen Betrag Zinsen an die Nationalbank zahlen. So weitet sich die Geldmenge aus, ohne dass die Nationalbank Einfluss darauf oder Einnahmen davon hat.

Dies insbesondere weil heute 90% unseres umlaufenden Geldes von den Banken als Buchgeld, und nicht von der Nationalbank geschaffen wurden.

... zum Notenbank-Vollgeld

Würde die zurzeit Unterschriften sammelnde Vollgeld-Initiative angenommen, dann hätte die Nationalbank wieder die Möglichkeit, die Geldmenge der Konjunktur anzupassen und die Gefahr von Bank- und Finanzkrisen wäre weitestgehend gebannt. Auch würden Bund und Kantone von Mehreinnahmen profitieren, um damit Staatsschulden abzubauen, Steuer-senkungen zu ermöglichen, Sozialwerke oder Infrastrukturprojekte zu finanzieren.

Fünf Elemente der Zukunftsfähigkeit

- Fortführung der Negativzins-Politik
- vollständige Rückgabe der Geld-schöpfung an die Nationalbank (Vollgeld)
- progressive Vermögenssteuern
- international gültige Standards für Handänderungssteuern für Finanztransaktionen (Tobin-Tax)
- Unverhandelbarkeit von nicht vermehrbaren Ressourcen

Und dann gibt es da noch das »anlagesuchende Kapital« – also das Vermögen der Reichen und unserer Pensionskassen, die immer wieder hohe Rendite suchen wollen, oder im letzten Fall, müssen. Auch sie suchen immer nach neuen Schuldenwilligen und -Fähigen: zum Beispiel Staatsanleihen (Staatsverschuldung) oder private Verschuldung oder eben die sogenannten neuen Märkte, also die Ver-wandlung eines bisher öffentlichen Gutes in eine Ware, sei es das Land von afrikanischen Kleinbauern, Trinkwasserquellen in Brasilien oder das Tram von Zürich.

Große Vermögen reduzieren

Zurück zum Anfang: Getrieben wird die Ressourcenspekulation heute ja vor allem vom »anlagesuchenden Kapital«, und nicht von hungrigen Volkswirtschaften; das heisst von den hohen Vermögen bzw. hohen Zinsen. Wenn wir also Neuverschuldung und Ressourcen-plünderung aktiv reduzieren wollen, gilt es:

- die Vermögen durch Vermögenssteuern zu reduzieren, mit einem grossen Sockelfreibetrag z.B. von zwei Mill. CHF pro natürliche Person
- und die seit Jahrzehnten geforderte Tobin-Tax einzuführen, um die Rahmabschöpfung an der Börse, die mit Mikrosekundenhandel überall noch etwas wegklausen, zu beruhigen; jeder Handel wird dann mit einer ganz winzigen Handänderungssteuer belegt

Aber auch ...

Und hier komme ich auf das »ABER« von oben zurück: Als geistiges Überbleibsel aus der vor-römischen, keltischen Zeit bleibt in Form des Baurechts und der Allmenden in der Schweiz noch ein Hauch einer Erinnerung, dass man »nicht nachwachsende Ressourcen« nicht vermarkten sollte. Auch Bischof Thomas von Aquin vertrat vor über 700 Jahren vehement die Meinung, »dass alles was nicht durch menschliche Arbeit vermehrt werden könne, nicht marktfähig sei«, und wurde wohl für diese und ähnlichen Aussagen sogar ermordet. Wenn wir nun diese Gedanken nicht wieder in unser Wirtschaften zurückführen, wird die Welt weiter von Spekulationsblasen erschüttert werden, bis die Natur restlos ausgeplündert ist und wir uns so unsere eigenen Lebensgrundlagen entziehen. Es muss schleunigst gehandelt werden – denn trotz immer noch erst zaghaftem Griff zum Negativzins führt diese Tatsache, dass man mit Geld nicht mehr einfach Geld verdienen kann, unweigerlich zum wilden Kauf von »realen Dingen«: z.B. eben Landwirtschaftsland in Afrika oder Immobilien in der Schweiz. Die Idee der neuen Märkte ist an sich eine Bilanzfälschung, die seit dem römischen Reich salonfähig ist: Ist das Gold noch im Boden, der Fisch noch im Meer, hat er keinen Wert – erst im Tresor und im Netz kriegt er einen Wert. Eine richtige Bilanz einer Firma bewertet aber auch die Güter, die noch im Warenlager stehen und noch nicht verkauft sind!

Mit diesen insgesamt fünf Elementen kann das Geld- und Wirtschaftssystem wieder in den Dienst der Menschen gestellt werden – und so auch die Bedürfnisse zukünftiger Generationen sichern. ■

Martin Schmid, Vorstandsmitglied
INWO Schweiz

Ökonomen für Durchbrechung der Nullzins-Schranke

Zentralbanker und andere Monetärökonomen interessieren sich immer mehr dafür, wie die effektive Zinsuntergrenze, mit der sie wegen der Möglichkeit zur Bargeldhortung konfrontiert sind, durchbrochen werden kann. Vordenker auf diesem Gebiet finden endlich Gehör. Die Konferenz »Removing the Zero Lower Bound on Interest Rates« am 18. Mai 2015 in London war wegweisend.

Miles Kimball von der University of Michigan ist ein gefragter Mann. Nachdem die Bank of England ihn 2013 für ein Seminar »Breaking through the Zero Lower Bound« engagiert hatte, fragte ihn im Jahr darauf die Schweizerische Nationalbank. Und am 18. Mai 2015 wurde Kimball als Referent zur Konferenz »Removing the Zero Lower Bound on Interest Rates« am renommierten Imperial College in London eingeladen. Das dort angesiedelte Brevan Howard Centre for Financial Analysis hatte gemeinsam mit der Schweizerischen Nationalbank und dem Denknetzwerk Centre for Economic Policy Research (CEPR) eine Konferenz organisiert, die verdientermaßen als Meilenstein in die Ökonomiegeschichte eingehen könnte. Und am Tag darauf hielt Kimball erneut bei der Bank of England einen Vortrag, diesmal beim Workshop der Chefökonomen über »The Future of Money«.

»Unter den Ökonomen, die eine Bargeldeinlagen-Gebühr als Weg zur Durchbrechung der Nullzins-Schranke ernst nehmen, sind viele Zentralbanker rund um den Globus«, sagt Kimball.¹ Er will das Bargeld nicht gleich abschaffen, sondern den Geschäftsbanken eine Gebühr abverlangen, wenn sie Bargeld bei der Zentralbank deponieren. Auf Prof. Kimballs Blog (und Sub-Blogs) gibt es eine Fülle von Material zur Abschaffung des Zero Lower Bound: blog.supplysideliberal.com/

Drei Lösungsansätze

Citigroup-Chefökonom Willem Buiter, ebenfalls seit Jahren mit dem Thema beschäftigt, sieht drei mögliche Wege:

»Die Existenz von Bargeld setzt die Untergrenze für die Leitzinsen. Das bedeutet, dass die Geldpolitik inhärent asymmetrisch ist. Man kann die Zinsen so hoch setzen, wie man will – aber man kann sie nicht viel weiter als auf Null senken. Die Zinsuntergrenze abzuschaffen, kann im Wesentlichen auf drei Wegen geschehen:

Erstens: Da Bargeld der Übeltäter ist, könnten wir uns vom Bargeld verabschieden. Geben wir jedem Mann, jeder Frau und jedem

»Die Frage ist: Welches Zinsniveau brauchen wir, damit die aggregierte Nachfrage dem aggregierten Angebot entspricht und Vollbeschäftigung entsteht. Wenn das bedeutet, dass Sparer eine Zeitlang von ihrem Kapital zehren müssen, um zu überleben – dann ist das eben so.«
Willem Buiter



Kind ein Konto, das von der Zentralbank garantiert wird – wie das beim Bargeld heute schon der Fall ist –, welches uns aber erlauben würde, negative Zinsen zu erheben. Die Problematik ärmerer und alter Menschen könnten wir lösen, indem wir einzelne kleine Denominationen weiterhin erlauben, zum Beispiel die 5-Pfund-Note, aber nicht die 20er, die 50er, und sicher nicht – im Fall Schweiz – die 1.000-Franken-Note. Das ist der eine Weg.

Der andere Weg ist, Bargeld zu besteuern. Das würde voraussetzen, dass die Bevölkerung einmal im Jahr, oder wie oft auch immer, das Geld bei der Zentralbank oder einer

Nebenstelle präsentieren und abstempeln lassen und 5 Pence pro Pfund zahlen müsste, was einem Zins von -5% entspräche. Das ist relativ lästig, weil man es durchsetzen müsste und stichprobenartig kontrollieren müsste... nicht wirklich toll.

Der dritte Weg ist, das Bargeld beizubehalten, aber dem festen Wechselkurs von 1:1 zwischen Bargeld und Bankguthaben ein Ende zu setzen. Wenn wir zum Beispiel, als Extrembeispiel, den Zins für Einlagen auf -10% setzen würden und die Einlagen mit der Zeit 10% an Wert zunehmen lassen würden, dann würde es nicht vorteilhafter sein, Bargeld zu halten, einfach weil Bargeld im Vergleich zu

den Einlagen mit der Zeit abwerten, d.h. an Kaufkraft verlieren würde, eben um den Betrag der Zinsen auf den Einlagen.«

Angebot und Nachfrage zusammenbringen

Wie Kimball hört man jetzt auch Buiter besser zu als noch vor sechs, sieben Jahren. Im März 2009 hatte er noch in einem Interview über die Ablehnung seiner Vorschläge durch die Notenbanker geklagt, das zeige ihm, »dass in den Notenbanken nur traurige kleine Konservative sitzen.«² Negativzinsen wären »ein naheliegendes Instrument der geldpolitischen Steuerung«, so meinte Buiter schon damals: »Dabei habe ich übrigens nicht von einem halben oder einem Prozent gesprochen, wie es die schwedische Notenbank bereits umgesetzt hat. Ich spreche von minus fünf Prozent als einem genauso effektiven Mittel wie plus fünf Prozent. Zumindest käme es damit zu einer Symmetrie in den Instrumenten, die einer Zentralbank zur Verfügung stehen, und es würde sie in die Lage versetzen, eine Deflation genauso zu bekämpfen wie eine Inflation.«

Anlässlich der Londoner Konferenz wiederholte er seine Vorschläge: »Wenn wir die unbeschränkte Möglichkeit hätten, negative Zinsen zu setzen, würden wir sie im Prinzip so lange beibehalten wie nötig, bis die Produktionslücke geschlossen und die Inflation gestiegen ist, und es uns somit erlaubt wäre, die Leitzinsen wieder anzuheben. Das könnte Jahre dauern.« Buiter bringt es so auf den Punkt: »Es gibt kein gutes oder schlechtes Zinsniveau. Die Frage ist: Welches Zinsniveau brauchen wir, damit die aggregierte Nachfrage dem aggregierten Angebot entspricht und Vollbeschäftigung entsteht. Wenn das bedeutet, dass Sparer eine Zeitlang von ihrem Kapital zehren müssen, um zu überleben – dann ist das eben so.«

Große Geldscheine abschaffen

Charles Goodhart, hochgeschätzter Emeritus der London School of Economics und wie Buiter ehemaliges Mitglied des Monetary Policy Committee der Bank of England, sieht das ähnlich: »Wenn die Preise fallen und die Arbeitslosigkeit so hoch ist wie aktuell, dann weiß man, dass die Nachfrage zu gering ist, um das potenzielle Angebot aufzunehmen. Also muss man das Nachfrageniveau erhöhen, und ein Weg dies zu versuchen, besteht darin die Zinsen abzusenken, um Investitionen anzuregen und das Sparen unattraktiver zu machen.«

Als einfachste Lösung empfiehlt Goodhart, »alle hohen Denominationen abzuschaffen und zu versuchen, mit dem Bargeld auszukommen, das vom Nennwert her eher niedrig ist: 10, 20 Pfund, meinetwegen bis zu 50 Dollar, aber nicht mehr – mit dem Ziel, die Kosten der Bargeldnutzung und -aufbewah-

rung, um den negativen Zinsen auf Guthaben aus dem Weg zu gehen, weitaus unattraktiver zu machen.«

Praktische Erfahrungen

Die Schweden haben wie die Schweizer und Dänen schon praktische Erfahrungen mit negativen Leitzinsen gesammelt. Und Martin Andersson vom Schwedischen Finanzministerium hält weitere Zinssenkungen durchaus für möglich: »Schweden, die Schweiz und Dänemark nähern sich beim Zins -1%, einem Niveau, das man früher für unmöglich gehalten hätte. Wenn man das Ganze jedoch über einen längeren Zeitraum betrachtet, dann kommen wir aus einem Umfeld mit hoher Inflation in ein Umfeld mit niedriger Inflation. Wir haben jetzt eine Inflation um Null in den meisten entwickelten Staaten – was natürlich diese Diskussion über den Effective Lower Bound bei den Zinsen zu einem so heißen Thema macht.

Wenn Sie ein makroökonomisches Standardmodell betrachten, das in der Geldpolitik benutzt wird, besagte zum Beispiel die Taylor-Regel, dass man in den USA die Zinsen in

**»An negativen Zinsen
an sich ist nichts
Widernatürliches oder
Betrübliches, nicht mehr
als an positiven Zinsen.
Positive Zinssätze
sind gut für Sparer,
schlecht für Kreditnehmer –
negative Zinssätze
sind gut für Kreditnehmer,
schlecht für Sparer.«**

Willem Buiter

der Krise auf rund -4% hätte absenken müssen. Stattdessen ging man runter auf ungefähr null und begann dafür mit dem Quantitative Easing. Wir haben gesehen, wie die japanische Zentralbank seit 20 Jahren weitgehend erfolglos mit verschiedenen Quantitative Easing-Maßnahmen versucht, die Inflation zu steigern. Das Konzept negativer Zinsen baut auf der Tatsache auf, dass wir noch



Die einfachste Lösung wäre, die großen Scheine abzuschaffen. Mit den kleinen kommen die meisten Menschen aus.

nirgendwo beobachten konnten, wie durch Quantitative Easing ein Ausweg aus der niedrigen oder Null-Inflation und ein Wirtschaftsaufschwung erreicht worden wäre.«

Auf die nächste Krise vorbereitet sein

Darum empfiehlt auch Willem Buiter für die nächste gefährliche Situation gewappnet zu sein: »Wenn die Wirtschaft in einem so tiefen Loch ist, muss man Maßnahmen ergreifen wie großangelegte Asset-Käufe, Bilanzausweitungen, Quantitative Easing, oder man muss Geldpolitik und Fiskalpolitik dazu bringen zu kooperieren und – ohne die Zinsen zu senken – fiskalpolitische Anreize schaffen, finanziert durch Gelddrucken. Doch wenn man das, aus welchen Gründen auch immer, nicht tun kann – und in Europa kann man es nicht tun, weil es den Verträgen widerspricht, und in Amerika kann man es nicht, weil der Kongress die Fiskalpolitik blockiert – ist die Eröffnung der Option negativer Nominalzinsen ein großer Schritt vorwärts, für den Fall, dass wir uns das nächste Mal mit der Nullzins-schranke konfrontiert sehen, aber unbedingt die Wirtschaft weiter stimulieren müssen.« ■

Beate Bockting

Alle Zitate, sofern nicht anders gekennzeichnet, sind Übersetzungen der Interviews, die im Rahmen der Konferenz »Removing the Zero Lower Bound on Interest Rates«, organisiert von Imperial College Business School, Brevan Howard Centre for Financial Analysis, CEPR und Schweizer Nationalbank, am 18. Mai 2015 in London geführt wurden. Die englischsprachigen Interviews sind hier als Videos dokumentiert: www.cepr.org/5636

1 qz.com/383737/however-low-interest-rates-might-go-the-irs-will-never-act-like-a-bank/

2 www.institutional-money.com/magazin/theorie-praxis/artikel/willem-buiter-im-interview-die-banken-an-die-kette-legen/?newsseite=17

Die Geldnutzungsgebühr, die wir fordern, ist nur der Preis für den Nutzen, den das Geld hat. Den Nutzen des Geldes haben alle, die es »in die Hand« bekommen. Deswegen sollen sie auch alle dafür bezahlen.



Geldnutzungsgebühr und Inflation

– Anmerkungen zu einem Missverständnis

Das Konzept der Geldnutzungsgebühr von Silvio Gesell findet seit Beginn der Finanzkrise 2008 in der ökonomischen Fachwelt zunehmend Beachtung. Vielfach wird sie mit Inflation gleichgesetzt. Das allerdings ist grundfalsch.

Der Begründer der »Freiwirtschaft« schlug eine Gebühr auf Bargeld in Höhe von 5% im Jahr vor, zur Verhinderung der Geldhortung und somit zur Verstärkung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.¹

In der Vergangenheit wurde Gesells Geld mit dem abschätzigen Namen »Schwundgeld« belegt. Was bei diesem Ausdruck in den meisten Köpfen ankommt, ist »Geldentwertung, Inflation«. Das weckt gerade in Deutschland Urängste. Dabei war eines der Kernanliegen Gesells ein stabiler Preisstandard.

Im Folgenden wird versucht, das Missverständnis auszuräumen, Geldnutzungsgebühr

und Inflation seien ungefähr dasselbe, hätten jedenfalls die gleichen Wirkungen. Ein Missverständnis, dem sowohl Gegner als auch Sympathisanten der Geldnutzungsgebühr unterliegen, z. B. Gregory Mankiw, der anerkennend auf Gesells Ansatz hinweist, dann

aber meint, Inflation würde den gleichen Zweck erfüllen.²

Nachdem in einem früheren Beitrag solchen Vorstellungen entgegengetreten wurde, Inflation oder die Erweckung von Inflationserwartungen könnten den gleichen positiven Effekt haben wie die Geldnutzungsgebühr³, soll im Folgenden gezeigt werden, dass Befürchtungen, die Geldnutzungsgebühr habe die gleichen negativen Effekte wie Inflation, ebenfalls auf Missverständnissen beruhen.

Inflation

An Inflation knüpft sich, besonders in Deutschland, vor allem die Angst vor einem Verlust von Vermögen bzw. Ersparnis, vor einer »kalten Enteignung« der Sparer. Außer-

**»Ce qui ne coûte rien
est gaspillé.«
(»Was nichts kostet,
wird vergeudet.«)**

**Maurice Allais
über Geldhaltekosten**

dem wird Inflation mit einem Verlust an Kaufkraft der Einkommen verbunden. Hier muss man etwas genauer hinsehen. Genau genommen ergibt sich die Entwicklung der Kaufkraft z. B. der Arbeitnehmerinnen aus der Preissteigerungsrate und der Entwicklung der Nominallöhne. Man kann von daher nicht sagen, dass Inflation für sich schon einen Kaufkraftverlust bedeuten müsste. Es sind in erster Linie nicht vorhergesehene Preissteigerungen, die zu – momentanen – Kaufkraftverlusten der Arbeitnehmer führen, da dann die Entwicklung der Löhne der Preisentwicklung hinterherhinken wird (die Theorie der Lohn-Preisspirale sagt dagegen, dass umgekehrt steigende Löhne zu Preissteigerungen führen). Langfristig hängt die Entwicklung der Arbeitnehmerkaufkraft aber am Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital.

Es liegt nahe zu vermuten, dass »die kleinen Leute« in besonderer Gefahr sind, ihre Ersparnis in einer Inflation zu verlieren, da sie in Finanzdingen weniger versiert sind und ihnen vielleicht auch mangels Masse gewisse Möglichkeiten verwehrt sind, ihre Ersparnis vor der Inflation zu retten, z.B. durch eine »Flucht in Sachwerte«.

Wenn man betrachtet, was hinter der Inflation steckt – wobei sich der erste Verdacht gegen das Ausgeben von frisch gedrucktem Geld richtet – ist klar, wer vor allem in einer Inflation profitiert, jedenfalls im einfachsten Fall, in welchem der Staat seine Ausgaben mit der Notenpresse finanziert. Da der Staat *wir alle* sind, ist aber nicht von vornherein klar, welche *Individuen* davon profitieren und welche verlieren. Das hängt davon ab, wofür der Staat das Geld ausgibt.

Langfristig hängt die Entwicklung der Arbeitnehmerkaufkraft am Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital.

Die Ursachen und Folgen »der Inflation« sind insgesamt umstritten¹. Umstritten ist vor allem auch, ob eine mäßige Inflation eine stimulierende Wirkung auf die Wirtschaft hat und sie deshalb erstrebenswert ist, oder ob auch schon bei niedrigen Inflationsraten negative Effekte überwiegen, die gesamtwirtschaftlich die Aktivitäten eher hemmen oder zu Fehlsteuerungen führen.



Bei einer durchschnittlichen Geldhaltung von 2.000 Euro und einer Geldnutzungsgebühr von 5% jährlich kostet uns diese 100 Euro im Jahr, nur knapp zwei Euro pro Woche!

Geldnutzungsgebühr

Wenn man die Geldnutzungsgebühr vor einem Vergleich mit der Inflation in Schutz nehmen will, muss man deren Schaden allerdings etwas relativieren. Die Ängste, die gerade die Deutschen damit verbinden, werden nicht überall verstanden. Allerdings ist plausibel, dass »die kleinen Leute« tendenziell die Verlierer der Inflation sind, vor allem wenn es um ihre bescheidenen Ersparnisse geht. Das ist ein sozial problematischer Effekt »der Inflation«.

Das ist bei der Geldnutzungsgebühr völlig anders. Der Ansatz von Gesell ist ja primär ein sozialer. Sein Hauptziel ist die »Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag«, also das ursozialistische Ziel der Beendigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen – und zwar im Rahmen einer freien Wirtschaft.

Zu diesem Zweck will er die Geldnutzungsgebühr einführen, weil er den Geldzins als den »Urzins« ansieht und die Kapitaleinkommen (die sich aus den Zinssätzen ergeben: $\text{Kapital} \times \text{Zinssatz}$) sich antagonistisch zu den Arbeitseinkommen verhalten ($\text{Arbeitseinkommen} = \text{Volkseinkommen} - \text{Kapitaleinkommen}$).

Die Urzins-Theorie von Gesell muss man nicht glücklich finden, die Bezeichnung des Geldzinses als »Urzins« ist aber sehr griffig. Sie bezeichnet sehr gut das, was auch John Maynard Keynes und Maurice Allais begründet haben, dass nämlich der Geldzins eine positive Untergrenze hat wegen fehlender Haltekosten des Geldes, und nur deshalb auch andere Kapitalgüter einen Zins, bzw. eine (leistungslose) Rendite abwerfen müssen. Ohne diese Eigenschaft des Geldes gäbe es auf Dauer keine Kapitaleinkommen. – Bei gleichzeitiger Verstaatlichung des Bodens, ist zu ergänzen.

Die Geldnutzungsgebühr soll also gerade Schluss machen mit der Enteignung der »kleinen Leute«. Wir haben heute ungefähr folgende Einkommensverteilung: zwei Drittel Arbeitseinkommen, ein Drittel Kapitaleinkommen. Die Arbeitseinkommen würden also um 50% steigen, wenn die Kapitaleinkommen mit dem Zinssatz auf null sinken (bei gleich bleibendem Volkseinkommen). Wenn die Arbeitnehmer ein höheres Einkommen hätten, dann könnten sie auch mehr sparen. Sie verlieren also nicht nur keine Ersparnis durch die Geldnutzungsgebühr⁵, wie sie es

- 1 Die Anhänger von Gesells Reform sprechen meistens von einer »Umlaufsicherungsgebühr«. Aktuell wird der Ausdruck »Geld(halte)gebühr« vorgeschlagen, oder auch »Geldnutzungsgebühr«, den der Verfasser favorisiert. »Geldhaltekosten« ist ein allgemeiner Ausdruck, den Keynes verwendet.
- 2 www.nytimes.com/2009/04/19/business/economy/19view.html?_r=0&pagewanted=print
- 3 Walter Hanschitz-Jandl, Original oder Fälschung? – Die Liquiditätsfalle und wie man mit ihr umgeht, fairconomy 2 / 2013, www.inwo.de/uploads/media/FAIRCONOMY/ausgaben/ausgabe-2013-2.pdf
- 4 Es ist nicht sehr tief schürfend von Folgen »der Inflation« zu sprechen, da sie selbst schon Folge irgend einer Ursache ist. Man sollte somit von deren Folgen sprechen, also v. a. denen des »Gelddrucks«.
- 5 Die Geldnutzungsgebühr trifft keine Sparguthaben, sondern nur liquide Mittel.

bei der Inflation meistens tun, sie können *mehr* Vermögen bilden und vorsorgen.

Die Einführung der Geldnutzungsgebühr bedeutet Kosten für die Einzelnen, die sie vorher nicht hatten. So etwas findet nicht unbedingt spontanen Beifall. Die Arbeitenden profitieren aber langfristig enorm davon.

Es ist ein gewaltiger Irrtum, zu meinen, weil die Benutzung von Geld nichts kostet, würde Geld seinen Segen tatsächlich für alle kostenlos bieten. Der Preis, den wir für dieses Geld bezahlen, ist in Wirklichkeit immens. Den Preis zahlen v. a. die Arbeitenden durch das, was Allais »prélèvement« nennt, den »Vorabzug« von dem, was sie mit ihrer Arbeit geschaffen haben durch Kapitalzinsen (und Bodenrente).

Die Abwesenheit von Geldhaltekosten macht die Hortung von Geld möglich. Und die Geldhortung war eine der Ursachen der Weltwirtschaftskrise mit all ihren furchtbaren Folgen bis hin zur »Machtergreifung« der Nazis.

Nutzen des Geldes

Außerdem muss man klarmachen, dass die Geldnutzungsgebühr nur der Preis für den Nutzen ist, den das Geld bietet. Auch unter diesem Aspekt hat sie nichts mit Inflation

**Mit Haltekosten für Geld
gäbe es auf Dauer keine
Kapitaleinkommen mehr.**

gemein. Es ist ein höchst gesundes und sogar unverzichtbares Prinzip, dass Bezieher von Leistungen dafür bezahlen müssen. Ist das nicht der Fall, kommt es unvermeidlich zu Fehlsteuerungen. Diese Einsicht gehört eigentlich zum ökonomischen Gemeingut.

Den Nutzen des Geldes haben alle, die es in die Hand bekommen. Deswegen sollen sie auch alle dafür bezahlen. Man mache sich klar, dass ein Arbeiter in Abwesenheit von Geld seinen Lohn nur in Form eines Anteils an der Produktion erhalten könnte. Diesen müsste er gegen die Güter für seinen eigenen Bedarf eintauschen. Die Mühe nimmt ihm das Geld ab, das er als Lohn erhält. Bei einem Monatslohn von 4.000 Euro, der jeden Monat (gleichmäßig) ausgegeben wird, also einer durchschnittlichen Geldhaltung von



2.000 Euro und einer Geldnutzungsgebühr von 5% pro Jahr, kostet ihn das ganze 100 Euro im Jahr, nur knapp zwei Euro pro Woche! Der Nutzen des Geldes ist also bei 5 % Gebühr äußerst kostengünstig zu haben.

Wer Geld und Kredit gleichsetzt, wird die Nutzungsgebühr vielleicht nicht verstehen. Gesells Geld ist als eine Art universeller Gutschein zu verstehen - der als staatliche Nachfrage in Umlauf kommt und nicht durch einen Kredit. Diese alte Idee wird heute u. a. als »positive money« propagiert.⁶ Die Geldnutzungsgebühr kann aber unabhängig von der Art, wie Geld in Umlauf kommt, eingesetzt werden.

In Gesells System gibt es keinen Leitzins. Zu seiner Art von Geld, das klar als öffentliche Einrichtung konzipiert ist, gehört als Preis eine Gebühr, die dem Nutzen des Geldes entspricht. Die heutigen Leitzinsen haben mit einem Preis für den Geldnutzen nichts zu tun. Deshalb haben wir die Situation, dass in der Gegenwart, wo die Leitzinsen bei null liegen, die Bereitstellung des Geldes nicht honoriert wird, obwohl dieses heute genau so nützlich ist wie immer. Das ist ein ökonomischer Irrsinn. Es scheint, dass die Vorstellung von einem Nutzen des Geldes Ökonomen und Notenbankern fremd ist.⁷

Wer die Geldnutzungsgebühr für die verquere Idee eines Spinners hält, sei daran erinnert, dass Maurice Allais in seinem Nobelpreisgekrönten Werk »Économie et Intérêt« (1947) ebenfalls die Geldnutzungsgebühr vorgeschlagen hat als notwendige Bedingung für maximale Effizienz,⁸ dass Irving Fisher sie in der Weltwirtschaftskrise als Lösung propagiert hat⁹ und John Maynard Keynes Gesells Konzept und Theorie anerkennend bewertet und vor allem ein Geld ohne Haltekosten ausführlich problematisiert hat. Sein berühmtes »Unterbeschäftigungsgleichgewicht« hat seine Ursache genau hier. Es ist eine Merkwürdigkeit, dass Gesell der am häufigsten anerkennend erwähnte Ökonom in Keynes' »Allgemeiner Theorie« ist, seine Theorie und sein Konzept aber bis heute belächelt werden – sein Konzept, den Gütertausch mit Hilfe von ungedeckten Papierzetteln zu organisieren, für die die Benutzer eine Gebühr bezahlen müssen.

Dabei sollte klar sein, dass die Möglichkeiten des Geldes nicht effektiv genutzt werden, wenn es nur herumliegt, wie es zunehmend geschieht.¹⁰ Die Geldnutzungsgebühr würde das verhindern. Auf sie zu verzichten ist eine Vergeudung der Möglichkeiten, die das Geld uns eigentlich gibt. Wer sie mit Inflation gleichsetzt, hat sie nicht verstanden. ■



Walter Hanschitz-Jandl, Jg. 1956, im Umweltschutz aktiv, befasst sich seit über 30 Jahren mit Fragen der Geld- und Bodenreform.

6 Das Konzept des »positive money« ist auch noch mit einer 100%-Deckung von Giroguthaben verbunden.

7 Interessant hierzu: www.inwo.de/fileadmin/uploads/media/FAIRCONOMY/ausgaben/ausgabe-2015-2.pdf

8 www.humane-wirtschaft.de/nobelpreis-fuer-geld-und-bodenreformer-maurice-allais-walter-hanschitz-jandl/

9 Irving Fisher, Stamp Scrip, 1933

10 Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes hat sich seit Anfang des Jahrtausends etwa halbiert.

»Sauna statt Zinsen«

So oder ähnlich hätte das Motto des diesjährigen 35. Deutschen Evangelischen Kirchentags in Stuttgart lauten können – doch auch zur tatsächlichen Lösung »damit wir klug werden« hat die INWO einen wertvollen Beitrag geleistet. Vom 4. bis 7. Juni haben wir mit unserem traditionsreichen Messestand – wie auf vielen Kirchentagen zuvor – die biblische Idee des Zinsverbotes in etwas abgewandelter Form präsentiert: marktgerechter Zins statt Zinsverbot, also aktuell kurzfristige Zinsen deutlich unter null!

Der Markt der Möglichkeiten auf dem Cannstatter Wasen bot uns hierfür eine passende Bühne. Und auch Petrus war der Veranstaltung wohlgesonnen, weshalb wir an den bis dato schwülsten Tagen des Jahres in den Messehallen eine kostenlose Sauna genießen konnten. Es galt also, die Besucher an diesen drei heißen Tagen ebenso »heiß« auf eine gerechtere Welt ohne Zwang zum Wirtschaftswachstum zu machen. Mit insgesamt einem Dutzend engagierter INWO-Mitstreiter, die zum Teil von weither angereist waren und zum Teil von der Geldreform-Regionalgruppe Stuttgart kamen, hatten wir eine gute Grundlage für unser Vorhaben.

Mir ist ja bereits unser Outdoor-Stand bekannt, den ich schon oft in Verwendung hatte, aber was dieser Indoor-Messestand zu bieten hat, übertraf meine Vorstellungen. Es gab viel Platz für interessante Infomaterialien und genügend Raum für ausführliche Gespräche mit den Kirchentagsbesuchern. Sollten Sie als Fairconomy-Leser den Stand noch nicht kennen: Der nächste Evangelische Kirchentag findet im Mai 2017 in Berlin statt! Besonderer Hingucker und Anknüpfungspunkt für Gespräche war das Räderwerk von Helmut Creutz, das als einziges ununterbrochen in Bewegung war, ohne ins Schwitzen zu geraten. Und so blieben interessierte Besucher immer wieder stehen, um das Räderwerk zu verstehen – oder sich von uns erklären zu lassen, warum wir immer wieder »unter die Räder« kommen. Der große Tenor war, dass es so wie es momentan in der Welt zugeht nicht mehr weitergehen kann, weshalb man unseren Ideen der Geld- und Bodenreform sehr offen und interessiert gegenüberstand.

Der einzige »Wermutstropfen« (zumindest für mich) war das fehlende kühle Bier, das sehr gut zu unseren 30%-Bierdeckeln gepasst hätte. Beim Kirchentag 2013 in Hannover hat Sigmar Gabriel gemeint, das müsse man mal prüfen, ob im Bierpreis tatsächlich 30% Zinskosten enthalten seien. Die Antwort ist er uns bis heute schuldig geblieben. Vermutlich weiß er genau warum. Siehe dazu: <https://www.youtube.com/user/FAIRCONOMY> Aber auch ohne das dazugehörige Bier gingen die Bierdeckel wieder weg wie geschnitten Brot. Und auch unsere T-Shirts erregten Aufmerksamkeit: Die Augen der Besucher »klebten« bei unseren Rundgängen durch die Hallen meist auf den Shirts mit dem 30%-Waschsymbol-Aufdruck.

Mir hat diese Aktion wieder einen Riesenspaß gemacht und ich möchte mich an dieser Stelle bei unseren Messestand-Hauptverantwortlichen ganz herzlich für Organisation, Transport, Aufbau etc. bedanken. Und bei den vielen sich immer wieder bietenden Gelegenheiten wünsche ich Ihnen und uns allen eine erfolgreiche Weiterverbreitung der Idee des fließenden Geldes.

Jochen von der Geldreform-Regionalgruppe Stuttgart

INWO

DEUTSCHLAND

Die diesjährige Kirchentags-Mannschaft mit den Hingucker-T-Shirts: »70% Wolle, 30% Zins«



Geld soll fließen! – Positionspapier unterstützen

Ab sofort ist unser neues Positionspapier »Stabile Währung durch Haltegebühr auf Geld«, das wir bereits im letzten Heft vorgestellt haben, auf der Seite www.geldreform.eu zum Unterzeichnen freigeschaltet.

Gemeinsam mit dem Seminar für freiheitliche Ordnung e.V., der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V., den Zeitschriften »Fragen der Freiheit«, »Humane Wirtschaft« und »Zeitschrift für Sozialökonomie« sowie den Professoren Prof. Dr. Felix Fuders und Prof. Dr. Gerhard Senft haben sich INWO und Fairconomy auf ein Papier verständigt, mit dem wir unsere Position für eine nachhaltige Geldpolitik in die öffentliche Diskussion einbringen möchten.

Bitte unterstützen auch Sie unsere Forderung nach einer Belastung der Liquidität mit einer Geldgebühr von rund 5% – also mit weit mehr, als dem negativen Einlagenzins der EZB

von -0.2%, der seit dem 10. September 2014 gilt. Voraussetzung dafür ist, dass auch das Bargeld mit einbezogen wird.

...Geld muss fließen...

Das Positionspapier unterstützen

Die Erstunterzeichner

Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., Vlado Plaga

Seminar für freiheitliche Ordnung e.V., Eckhard Behrens

Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V., Prof. Dr. Dirk Lohr

Fritz Anores, Fragen der Freiheit

Andreas Bangemann, Humane Wirtschaft

Reinold Becking, FAIRCONOMY

Wolfgang Oetken, Zeitschrift für Sozialökonomie

Prof. Dr. Felix Fuders

Prof. Dr. Gerhard Senft

Stabile Währung durch Haltegebühr auf Geld

Den Zentralbanken gelingt es immer noch nicht, den Geldwert stabil zu halten. Niedrige Inflationsraten und Zinsen führen außerdem auf den Güter- und den Kapitalmärkten zu neuen Problemen. Eine spürbare Belastung der liquiden Mittel, die den Geldstrom in Fluss hält, könnte die Probleme lösen und den Notenbanken negative Leitzinsen ermöglichen.

Auf den Güter- und Kapitalmärkten treten zurzeit Probleme auf, für die es keine Lösung zu geben scheint.

- die günstige Wirkung positiver Inflationsraten auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage lässt nach, während eine durch traditionelle Geldpolitik nicht beherrschbare Deflation in gefährliche Höhe rückt,
- die günstige Wirkung positiver Zinssätze auf die Bereitschaft der Güter zur langfristigen Anlage lässt ebenfalls nach, weil es zwischen kurz- und langfristigen Zinsen kaum noch Unterschiede gibt, die Zinsstrukturkurve verläuft im Euroraum fast flach.

Mitgliederversammlung 2015 mit Vortrag von Fritz Andres

Eingebettet in das bunte und lebendige Sommercamp der Wuppertaler Freilichtbühne auf dem Gelände der Silvio-Gesell-Tagungsstätte, bot die diesjährige INWO-Mitgliederversammlung einiges mehr als nur Theorie und Vereinsroutine wie Berichte und Wahlen. Nicht, dass die Theorie zu kurz gekommen wäre, doch Fritz Andres wandelte seinen Vortrag wegen der zahlreichen interessierten, aber »wenig vorbelasteten« teilnehmenden Sommercamp-Besucher spontan zu einem leicht verständlichen Einführungsvortrag über das Geldsystem um. Die Diskussion über die Weiterentwicklung und -verbreitung des gemeinsamen Positionspapiers (siehe vorherige Seite) wurde kurzerhand auf nach dem Vortrag verschoben.

Im Vorstandsbericht, dessen reich bebilderte Präsentation als PDF-Datei im internen Bereich von www.INWO.de abgerufen werden kann, stellten Erich Lange und ich dar, was die INWO im vergangenen Jahr geleistet hat. Zu den besonders erwähnenswerten Höhepunkten zählen wir das mit fünf weiteren Gruppen/Vereinen abgestimmte gemeinsame Positionspapier und die dreitägige Präsenz auf dem Markt der Möglichkeiten des evangelischen Kirchentags (siehe Bericht in diesem Heft).

Großer Dank an Erich Lange

Nach 7 Jahren kontinuierlicher und gewissenhafter Vorstandsarbeit, mal mehr und mal weniger von wechselnden Co-Vorständen unterstützt, entschloss sich Erich Lange im Vorfeld dieser Vorstandswahl, nicht erneut für den Posten zu kandidieren, um zukünftig quasi in »Alterszeit« eher projektbezogen in der INWO mitzuwirken. Wir danken Erich ganz herzlich für sein beharrliches Engagement für die Sache!

Die beiden neu gewählten Vorstandsmitglieder Beate Bocking und Matthias Klimpel sind auch beide schon



Erich Lange: fast 20 Jahre im Einsatz für die Fairconomy, hier 2013 bei der Blockupy-Demo in Frankfurt a.M.

seit mehr als fünfzehn Jahren in der INWO aktiv und bringen diese Erfahrung in die Vorstandsarbeit ein.

Vlado Plaga

Der neue Vorstand stellt sich vor

Vlado Plaga

Als ich 2010 nach Lektüre von Silvio Gesells »Die Natürliche Wirtschaftsordnung« INWO-Mitglied wurde und im gleichen Jahr den noch heute auf INWO.de zu findenden »Umverteilungsrechner« nach der Analyse von Helmut Creutz programmierte, hätte ich nicht gedacht, dass ich nur knapp zwei Jahre später die verantwortungsvolle Position des INWO-Vorstands bekleiden würde. Ich wusste, dass dies nicht einfach werden würde, da viele Mitglieder nicht nur (wie ich selbst) zu Recht hohe Erwartungen an die Geld- und Bodenreform haben, sondern eben auch wünschen, dass der Vorstand die INWO-Positionen stärker in die Öffentlichkeit bringt und damit Teil der seit 2007 permanent in den Medien präsenten Dis-



kussion um Geld und Schulden wird. Trotz streckenweise erheblichen Zeit- und Reiseeinsatzes von Erich und mir in den drei Jahren meiner Vorstandszeit wurden wir zu keiner einzigen Fernseh-Talkshow eingeladen, und unsere Mitgliederzahl ist entgegen dem selbst gesteckten Ziel bei »normal« vielen Austritten und kaum neuen Eintritten sogar leicht rückläufig.

Nach dem gerade abgebrochenen Grundschullehrevorbereitungsdienst im Jahr meines INWO-Beitritts ging es für mich abwechslungsreich weiter: Während des ALG2-Bezugs (als ehemals »Beamter auf Widerruf« bekommt man nur dies) besann ich mich zurück auf meine IT-Kenntnisse und konnte damit Anfang 2011 einen Erwerbsarbeitsplatz beim Max-Planck-Institut in den Niederlanden ergattern. Aufgrund von stets befristeten Verträgen bei einem gleichzeitig unheimlich überbeurten Mietwohnungsangebot in den Niederlanden (die Bodenreform lässt grüßen!) wurde ich dort jedoch nicht

heimisch. Heute lebe ich mit meiner aus New York stammenden Partnerin und unserer zehn Monate alten Tochter wieder in meiner Heimatstadt Dortmund, nun bei einer kleinen IT-Firma unsere (dank Genossenschaftswohnung nicht allzu hohe) Miete verdienend.

Eines meiner wesentlichen Ziele für die INWO, nämlich die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen zu verbessern, ist mit dem Positionspapier sichtlich gelungen. Ich freue mich darauf, mit Beate und Matthias im Vorstandsverbund sowie mit all den anderen Aktiven weiter an den Zielen »Steigerung der öffentlichen Wahrnehmung« und »Erhöhung der Mitgliederanzahl« zu arbeiten.

Beate Bockting

1995 bin ich als Studentin durch meine ehrenamtliche Mitarbeit beim Straßenmagazin »draußen!« auf die aufkeimenden Tauschringe und die Kritik am Geldsystem gestoßen. Im Jahr darauf habe ich den Tauschring LOWI e.V. mitgegründet. Ein Vortrag von Helmut Creutz hat damals mein Leben nachhaltig verändert – seither hat mich das Thema nicht mehr losgelassen. Schon 1996 gaben wir einer Veranstaltung mit Helmut in Münster den Titel »Kapitaler Kollaps«, erst 12 Jahre später drang das Problem mit der Lehman-Pleite ins Bewusstsein der Öffentlichkeit.



Da hatte ich schon diverse »Apollo«- und Aktiventreffen, ein Jahr Vorstands- und seit 2001 einige Jahre Redaktionstätigkeit in der INWO hinter mir.

In den 20 Jahren hat sich viel verändert, aber insbesondere seit dem offenen Ausbrechen der Finanzkrise hat das Interesse am Geldsystem sprunghaft zugenommen. Auch die INWO hat sich gewandelt. Während früher unser Schwerpunkt darauf lag,

die Umverteilung von Arm zu Reich anzuprangern, und wir mit pfiffigen Ideen wie den 30%-Zins-Bierdeckeln und der aufblasbaren Zinsbombe viele neue, vor allem jüngere Mitstreiter gewinnen konnten, fokussieren wir uns heute auf den Lösungsvorschlag der Umlaufsicherung durch eine Haltegebühr auf Bargeld und Zentralbankgeld. Das macht die INWO etwas komplizierter und »dröger« als früher, ist aber wichtig.

Ich sehe es momentan als Hauptaufgabe der INWO an, so gut es geht auf die öffentliche Meinung zu »Negativzinsen« positiv einzuwirken und den Menschen die Angst davor zu nehmen. Und außerdem weiterhin die Geldpolitik kritisch zu begleiten.

Immer wichtiger wird bei sinkenden Zinsen aber auch das Boden- und Ressourcenthema. Dem werden wir im neuen Vorstand verstärkt Aufmerksamkeit widmen. Unsere Vorschläge zur Pro-Kopf-Rückverteilung der Boden- und Ressourcenrenten gehören in Zeiten von Flüchtlingsströmen, (immer näher heranrückenden) Kriegen und überlasteter, wachstumsmüder Menschen

unbedingt in die öffentliche Diskussion. Ich hoffe dabei auf Ihre Unterstützung als INWO-Mitglied!

Matthias Klimpel

Das Thema der gesellschen Geld- und Bodenreform kenne ich seit meinem Zivildienst beim BUND. Auf der damaligen Öko-Messe im Sommer 1995 in Ulm erklärte mir Frank Bohner die Freiwirtschaft. Seitdem befasse ich mich mit diesem Thema. 1997 trat ich der INWO bei. Bei dem 2002 einsetzenden Aufschwung der INWO habe ich mitgefeiert, Texte für den Internetauftritt geschrieben und an der Struktur der damaligen Homepage mit allen mir zur Verfügung stehenden Kräften mitgearbeitet. Leider endete die Aufschwungphase (sicher auch durch eigenes Verschulden vermutlich aller damaligen INWO-Aktiven einschließlich mir selbst), bevor die INWO eine hinreichend große Mitgliederbasis erreicht hatte. Als dann der damalige INWO-Vorstand Mitte 2008 seinen Rücktritt bekanntgab, erklärte ich mich bereit, die Kasse auf ehrenamtlicher Basis zu betreuen, um die Weiterführung der INWO zu gewährleisten. Seit Februar 2009 verwalte ich nun das INWO-Konto, kümmere mich um die Mitgliedsbeiträge und Spenden sowie um die Buchhaltung.

Auch wenn ich selbst Diplom-Volkswirt bin und mich durchaus auch in der Ideen- und Zahlenwelt der Zentralbanker auskenne, sehe ich meine Aufgabe zunächst darin, mich weiterhin um die Kasse und interne Angelegenheiten zu kümmern. In dem Maße wie es uns gelingen sollte, insbesondere die Beitrags- und Spendenverwaltung in neue Hände zu legen, möchte ich mich jedoch auch wieder stärker an Seminaren oder inhaltlichen Themen beteiligen.

Strategisch sehe ich für die INWO zwei in einem gewissen Spannungsverhältnis stehende Schwerpunkte: Einerseits sollten wir uns inhaltlich – wie schon in den letzten Jahren – weiter vertiefen und uns zu gefragten »Laienexperten« auf dem Gebiet der Geld- und Bodenordnung weiterentwickeln und selbst mehr Vorträge und Seminare anbieten. Auf der anderen Seite brauchen wir mehr Mitglieder, um diese Aufgabe auch finanziell und organisatorisch bewältigen zu können. Unsere Herausforderung als neuer Vorstand wird sein, diese zwei verschiedenen Aspekte kreativ und produktiv unter dem Dach der INWO zu vereinen.



Ich bin Vollzeit berufstätig, verheiratet und habe zwei kleine Kinder. Die Zeit, die ich für die INWO aufwenden kann, ist also begrenzt. Doch diese knappe Zeit möchte ich möglichst effektiv für die INWO einsetzen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Beate Bockting und Vlado Plaga und hoffe, es gelingt uns, die INWO wieder attraktiver werden zu lassen. Ich freue mich über jeden, der Teil des großartigen INWO-Projektes ist oder es werden will.



DEUTSCHLAND

Endspurt bei der **Vollgeld-Unterschriftensammlung!**



Die neusten Zahlen zur Vollgeld-Initiative per Anfang September: Wir sind bei über 95'000 gültigen Unterschriften! Vielen herzlichen Dank an alle SammlerInnen für das grandiose Engagement!

Das Zustandekommen der Initiative scheint gesichert und somit kommt es dann zu einer dringend nötigen Diskussion in Politik und Öffentlichkeit über das heutige fehlkonstruierte Geldsystem.

Noch fehlen 10'000 Unterschriften

Aber noch können wir nicht verschnaufen: Wir müssen als absolutes Minimum 105'000 gültige Unterschriften einreichen. Das heisst: Wir brauchen noch mindestens 10'000 Unterschriften!

Die Vollgeld-Initiative sendet fortlaufend alle eingehenden Unterschriften an die Gemeinden zur Beglaubigung. Nur so wissen die Initianten, wo die Initiative genau steht und wie viele Unterschriften noch benötigt werden. Die Sammelfrist läuft im November 2015 aus und der Übergabetermin an die Bundeskanzlei ist allerspätestens am 3. Dezember 2015.

Unterstützung aus Deutschland

Anfang August bekamen die Schweizer Sammlerinnen und Sammler Unterstützung aus Norddeutschland: Sechs Demokratie- und Vollgeld-Begeisterte reisten für eine Woche aus Hamburg nach Bern, um täglich Unterschriften für die Vollgeld-Initiative zu sammeln. Sie sei-



en manchmal schon komisch angeschaut worden, weil sie als Deutsche für eine Schweizer Volksinitiative Unterschriften sammeln würden, meinten die SammlerInnen aus dem Nachbarland. »Wenn man dann aber erklärt, dass es diese direktdemokratische Möglichkeit nur in der Schweiz gibt und uns die Vollgeld-Initiative so wichtig sei, dass wir sogar aus Deutschland anreisen, um Unterschriften zu sammeln, fühlen sich die Schweizer schon auch geschmeichelt und unterschreiben gerne.«

Vielen Dank an dieser Stelle an die Hamburger Vollgeld-SammlerInnen. Ihr seid super!

Hansruedi Weber (Co-Präsident INWO Schweiz, Initiativkomitee-Mitglied Vollgeld-Initiative)



Hans-Ruedi badet im Geld.

Deshalb ist die Bitte an alle: Die gesammelten Unterschriften zusammensuchen und gleich an die auf allen Bogen stehende Adresse einsenden, egal ob eine oder zehn Unterschriften drauf sind.

Die kommenden Wochen sind also die letzten Gelegenheiten, um die letzten Familienangehörigen, NachbarInnen und ArbeitskollegInnen zum Unterschreiben zu bewegen! Auch jetzt gilt noch: Jede Unterschrift zählt!

Studie bestätigt: Schweizer ahnungslos hinsichtlich Geldentstehung



SCHWEIZ

Eine Bevölkerungsumfrage im Rahmen einer Masterarbeit an der Universität Zürich zeigt Erstaunliches über den Wissensstand zum Finanzsystem und bestärkt das Bestreben der Vollgeld-Initiative: 78 Prozent der Schweizer Bevölkerung wollen, dass Geld einzig und allein durch eine öffentliche, dem Allgemeinwohl verpflichtete Institution wie die Nationalbank hergestellt und verteilt wird.

Die Umfragewerte stärken der Vollgeld-Initiative, die sich mit über 95'000 gültigen Unterschriften im Schlusspurt der Sammlung befindet, den Rücken. Die Studie zeigt klar auf, dass die Schweizerinnen und Schweizer nicht wissen, wer den »Schweizer Franken« tatsächlich herstellt: Nur 13 Prozent der Bevölkerung sind sich darüber im Klaren, dass private Banken im heutigen System durch die Vergabe von Krediten den Großteil des Geldes erschaffen. Stattdessen glauben 73 Prozent irrtümlich, Geld werde alleine vom Staat oder von der Schweizer Nationalbank erschaffen.

Frage 9: Wer erschafft unser Geld?

- ☐ Der Staat oder die Schweizerische Nationalbank
- ☐ Die Geschäftsbanken
- ☐ Beide -> Wer erschafft die Mehrheit des Geldes?



Keine Unterstützung für heutiges Geldsystem

Die Ausgestaltungsweise des derzeitigen Systems, in dem private Banken rund 90 Prozent der umlaufenden Geldmenge herstellen, wird nur von einer Minderheit von vier Prozent als optimal erachtet. 78% wünschen sich, dass eine öffentliche, dem Allgemeinwohl verpflichtete Institution wie die Schweizer Nationalbank all unser Geld herstellt und in Umlauf bringt.

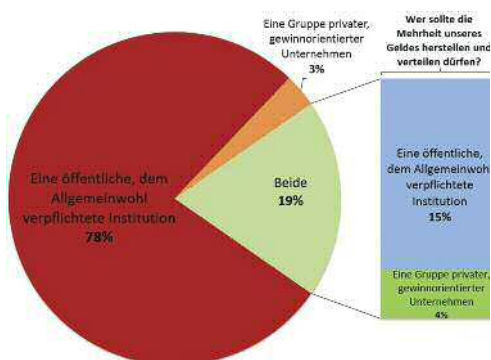
Frage 12: Wenn Sie sich ein optimales Finanzsystem vorstellen: Wer sollte Ihrer Meinung nach unser Geld herstellen und verteilen dürfen?

- ☐ Eine öffentliche, dem Allgemeinwohl verpflichtete Institution
- ☐ Eine Gruppe privater, gewinnorientierter Unternehmen
- ☐ Beide -> Wer sollte die Mehrheit des Geldes herstellen und verteilen dürfen?

Vollgeld-Initiative ist mehrheitsfähig

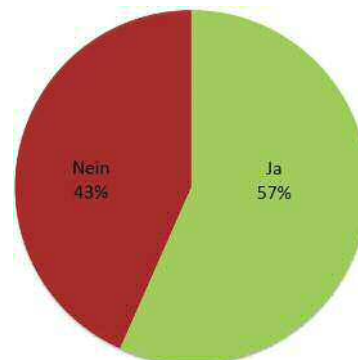
Schliesslich zeigen die Umfrageergebnisse, dass 57 Prozent der befragten Stimmberechtigten einer Volksinitiative zustimmen würden, welche einzig und alleine dem Staat, respektive der Schweizerischen Nationalbank erlaubt, Geld herzustellen und den Banken dies hingegen untersagt. Die Kernforderung der Vollgeld-Initiative ist folglich mehrheitsfähig.

Auswertung von Frage 12



Frage 15: Würden Sie einer Volksabstimmung zustimmen, die fordert:

- ☐ Dass einzig und allein der Staat, genauer gesagt die Schweizerische Nationalbank, Geld herstellen darf.
- ☐ Den Geschäftsbanken (UBS, Credit Suisse, etc.) verboten wird, selber Geld herzustellen.



Verlässliche Rückschlüsse auf Gesamtbevölkerung möglich

In der Online-Befragung nahmen 1146 Schweizer Stimmberechtigte aus sämtlichen 26 Kantonen der Schweiz teil. Die Daten wurden gewichtet, so dass die Studie hinsichtlich der Kantonzugehörigkeit Repräsentativität erreicht. Aus dieser Datenbasis heraus können verlässliche Rückschlüsse auf die Gesamtbevölkerung gezogen werden. Das Ziel der Studie war, einerseits herauszufinden wie die Menschen glauben, dass das heutige Finanzsystem funktioniert, und was für eine Ausgestaltung betreffend Herstellung und Inumlaufbringung des Geldes sie sich wünschen würden.

Weitere Informationen sind in der Masterarbeit von Silvan Nietlisbach an der Universität Zürich, Institut für Banking and Finance, zu finden.

Buchvorstellungen

Christian Hiß: Richtig rechnen! Durch die Reform der Finanzbuchhaltung zur ökologisch-ökonomischen Wende. Oekom Verlag, München 2015. 124 S., 19.95 €, ISBN 978-3-86581-749

Die heutigen Finanzkennzahlen der Firmen ergeben kein realistisches Bild von ihrer tatsächlichen Wirkung auf die Gesellschaft. Mit dieser Behauptung tritt Christian Hiß in seinem Buch »Richtig rechnen« an. Der ursprüngliche Gemüsegärtner mit eigenem Betrieb und heutige Geschäftsleiter der Regionalwert AG in Freiburg wirbt dann auf 120 Seiten für seine Art zu rechnen.



Die heutigen Unternehmen blendeten in ihren Kennzahlen die sozialen und die ökologischen Auswirkungen ihrer Tätigkeit aus, schreibt Hiß: »Erst dann, wenn die sozialen und ökologischen, das heisst gesamtökonomischen Effekte des Wirtschaftens anhand von faktischen und objektiven Werten in Zahlen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung und in der Bilanz ersichtlich sind und dadurch die Preise auf den Märkten die ökonomische Wahrheit sagen, kann und wird die Chance bestehen, dass sich der Raubbau umkehrt und Aufbau statt Abbau von Ressourcen zum Grundsatz des Wirtschaftens wird.« Denn genau das ist Hiß' Ziel mit seinen Vorschlägen: den Raubbau an natürlichen und sozialen Ressourcen zu beenden und zu einer Wirtschaft des Erhaltens und des Aufbaus zu gelangen.

Aufgrund seines Werdegangs und weil er die Landwirtschaft als die Grundlage des Wirtschaftens schlechthin betrachtet, verdeut-

licht der Autor seine Ideen mit praktischen Beispielen aus seinem eigenen Erfahrungsbereich. »Wenn nicht mehr Holz geschlagen wird als nachwächst, wird der Wald nachhaltig bewirtschaftet.« Dieses Verhalten will Hiß künftig als Maxime der ganzen Wirtschaft sehen. Neben dem Maschinenpark, den Anlagen und dem Betriebskapital sollen künftig auch die Bodenfruchtbarkeit, die Energieherkunft, die genetischen Ressourcen von Nutzpflanzen und Nutztieren, die Versorgungssicherheit, die Biodiversität, die Fertigkeiten und Fähigkeiten, fachliches Wissen und die Zugänglichkeit zum Markt als weitere Vermögenswerte gelten. Wird auf einem Hof eigener Samen gezüchtet, werden Lehrlinge ausgebildet und die Bodenfruchtbarkeit durch sorgsames Gärtnern verbessert, so hat er einen höheren Wert als der gleich grosse Nachbarbetrieb, der den Samen von den globalen Multis bezieht, ausländische Hilfskräfte beschäftigt und die Böden durch Übernutzung oder Agrochemie schädigt.

Es geht Christian Hiß darum, dass in den Wirtschaftsbilanzen künftig die vollen ökologischen und sozialen Kosten eingeschlossen werden. Dies werde zu einer neuen ökonomischen Logik führen und letztlich eine neue Wirtschaftsweise fördern, ist er überzeugt. Dem Autor ist klar, dass diese neue Art zu rechnen die Aufgabe alter Denkschemen verlangt und eine Menge praktischer Fragen aufwirft. Er macht sich in seinem Tätigkeitsfeld gleich selber auf, zusammen mit Gleichgesinnten mit kleinen, nachvollziehbaren Elementen zu zeigen, dass er die ökonomische Logik nicht auf den Kopf stellen, sondern sie vervollständigen will.

Der Autor ist Träger des Nachhaltigkeitspreises 2009 der deutschen Bundesregierung. Erste Reaktionen aus Unternehmerkreisen auf sein neues Buch sind sehr positiv ausgefallen. Das anregende, leicht verständlich geschriebene Buch ist allen zu empfehlen, die sich Gedanken zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft machen.

Heinz Girschweiler

Herdolor Lorenz, Leslie Franke und Gabriele Koppel (Hrsg.): Wer rettet Wen? Die Krise als Geschäftsmodell. Das Buch zum Film: Analysen, Interviews, Alternativen. VSA-Verlag Hamburg 2015, 176 S., 14.80 €, ISBN 978-3-89965-619-0

Nach über 700 (Kino)-Veranstaltungen des auch von der INWO geförderten Films

»Wer Rettet Wen?« in oft überfüllten Kinosälen erschien Ende August das Buch zum Film, und es erfolgte der DVD-Start des Films.

Der Film »Wer Rettet Wen?« deckt auf, was bei allen »Rettungen« im Griechenlânddrama weitgehend verborgen blieb: die radikale Veränderung der Gesellschaften in Europa. Die als »Rettung« verkleisterte Umwandlung privater Schulden in öffentliche hat nicht nur die Demokratie ad absurdum geführt. Sie erschüttert Gesellschaften, die sich als soziale Rechtsstaaten begreifen, in den Grundfesten. Niemand formuliert dies im Film treffender als Mario Draghi, der als einstiger Goldman Sachs-Vizepräsident und EZB-Präsident die Wirtschaft des Euro-Raums lenkt: »Das europäische Sozialmodell ist Vergangenheit. Die Rettung des Euro wird viel Geld kosten. Das bedeutet, vom europäischen Sozialmodell Abschied zu nehmen.« Seit sieben Jahren wird mit vielen hundert Milliarden öffentlicher Gelder »gerettet«. Eine gewaltige Umverteilung von unten nach oben ist das Ergebnis. Die Reichen der Erde besaßen vor der Krise dreimal mehr als alles, was in der Welt im Jahr produziert wird. Nach sieben Jahren »Krise« besitzen sie schon viermal so viel. Mitten in Europa arbeiten Menschen wieder für Hungerlöhne. Nach dem großen Erfolg des Films »Wer Rettet Wen?« von Leslie Franke und Herdolor Lorenz ist nun das Buch zum Film erschienen: Es liefert Hintergrund-Informationen, Analysen, Interviews und Alternativen.





Bestellen Sie weiterführende Literatur aus unserem Shopangebot!

Aktuell



☐ DVD »Wer rettet wen?«

Seit fünf Jahren werden Banken und Länder gerettet. Politiker schaffen immer neue Rettungsfonds, während mitten in Europa Menschen wieder für Hungerlöhne arbeiten. Für große Banken ist die Finanzkrise vor allem ein Geschäftsmodell. Und die ständig »verstimmt« und »enttäuscht« Finanzmärkte scheinen ein besonderes Wesen zu sein, das bei Laune gehalten werden muss. Wer rettet also wen?

Dokumentation, 104 Min., von Leslie Franke und Herdolor Lorenz, BRD 2015, 19.99 €

Eine MOV-Datei inklusive Vorführlizenz für öffentliche nicht kommerzielle Veranstaltungen

zum Preis von 47.60 € inkl. MwSt. kann hier erworben werden:

www.whos-saving-whom.org



☐ Dirk Löhr: Die Plünderung der Erde. Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung.

Unter dem ideologischen Deckmantel der Effizienz wird aktuell ein brutaler wie methodischer Raubzug gegen Mensch und Natur geführt. Der dabei von den Privatisierungs-Gurus und den Rendite-Junkies in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik vorgelegte Plan ist nicht die behauptete Lösung, sondern der Kern des Problems: Er fordert umfassende Exklusivrechte an nicht vermehrbaren Ressourcen einerseits und den Tanz um das Rentabilitätsprinzip andererseits ein.

314 S., metropolis Verlag, 3. vollständig überarbeitete Auflage 2015, 28.00 €, Art.Nr. E5

Standardliteratur zur Geld- und Bodenreform

☐ **Helmut Creutz: Das Geldsyndrom 2012**, Broschiert, 483 S., Hochschulverlag 2012, 16.80 €, Art.Nr. A3

☐ **Arno Gahrman: Wir arbeiten, und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen**, 224 S., Westend Verlag 2013, 17.99 €, Art.Nr. D5

☐ **Silvio Gesell: Reichtum und Armut gehören nicht in einen geordneten Staat**. Werkauswahl zum 150. Geburtstag, Pb., 230 S., Verlag für Sozialökonomie 2011, 19.90 €, Art.Nr. E2

☐ **Margrit Kennedy: Occupy Money. Damit wir zukünftig ALLE die Gewinner sind**, Broschiert, 112 S., Kamphausen Verlag 2011, 9.95 €, Art.Nr. I3

☐ **Christian Kreiß: Profitwahn. Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt**, Broschiert, 232 S., Tectum Verlag 2013, 17.95 €, Art.Nr. C9

☐ **Dirk Löhr: Prinzip Rentenökonomie. Wenn Eigentum zum Diebstahl wird**, 198 S., metropolis Verlag 2013, 22.00 €, Art.Nr. I5

☐ **Klaus Popp: Das Märchen vom guten Zins**, Gebundene Ausgabe, 180 S., Signum Verlag 2006, 7.95 €, Art.Nr. A7

☐ **Fritz Schwarz: Das Experiment von Wörgl**. Ein Weg aus der Wirtschaftskrise, Broschiert, 89 S., Synergia Verlag 2007, 10.01 €, Art.Nr. K9

☐ **Gerhard Senft (Hg.): Land und Freiheit. Zum Diskurs über das Eigentum von Grund und Boden in der Moderne**, 198 S., Promedia Verlag und Verein Kritische Geographie 2013, 15.90 €, Art.Nr. I9

☐ **Wera Wendnagel: Mama Moneta oder die Frauenfolge** Pb., 201 S., Neuauflage INWO 2012, 9.80 €, Art.Nr. C9

☐ **Kostenloses INWO-Werbematerial** zum Weitergeben oder zum Verteilen, Versandkostenpauschale: 3.50 €

Im **INWO-Shop auf der Homepage** können Sie weitere Literatur sowie Werbematerial wie Bierdeckel, T-Shirts usw. bestellen.
www.INWO.de/shop

Versandbedingungen

Die angegebenen Preise sind Bruttopreise und enthalten bereits die Mehrwertsteuer von 7% für Schriften und Bücher bzw. 19% bei allen anderen Artikeln. Für Bestellungen innerhalb Deutschlands, mit einem Bestellwert unter 20 Euro, berechnen wir zusätzlich 3.50 € (inkl. 19% MwSt.) Versandkosten. Ab 20 € Bestellwert liefern wir versandkostenfrei. Innerhalb Deutschlands verschicken wir gegen Rechnung. Sendungen ins Ausland versenden wir nur noch gegen Vorkasse. Bei Versand ins Ausland bitte die Versandgebühren telefonisch erfragen! Tel: +49 06623 919601. Unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Widerrufsbelehrung finden Sie unter www.inwo.de/shop/allgemeine-geschaeftsbedingungen/

Rechnungsadresse

Vorname*

Name*

Straße*

PLZ*

Stadt*

Land*

Telefon

Email*

Bemerkung: (Hier können Sie auch eine abweichende Lieferadresse angeben)

Ort, Datum

Unterschrift

Hinweis: Felder mit * sind Pflichtfelder. Ihre Daten werden nicht an Dritte weitergegeben!



INITIATIVE
FÜR
NATÜRLICHE
WIRTSCHAFTSORDNUNG

INWO Deutschland e.V.
Wüstefeld 6
36199 Rotenburg/F.
Tel.: 06623 91 96 01
Fax: 06623 91 96 02
E-Mail: INWO@INWO.de

Aufnahmeantrag

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO Deutschland e.V. werden!

- ☐ Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 12 Euro (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

☐ Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ Euro.

Eine Bescheinigung für steuerbegünstigte Zuwendungen (Mitgliedsbeitrag und Spenden) wird ab jährlich 100 Euro oder auf Wunsch ausgestellt. Zuwendungen bis 200 Euro können gegenüber dem Finanzamt mittels Kontoauszug belegt werden.

Vorname _____		Name _____	
Straße _____		Postleitzahl _____	Ort _____
E-Mail-Adresse (bitte angeben für regelmäßige Informationen)		Telefon (für Rückfragen – keine Telefonwerbung!)	

Ort, Datum _____

Unterschrift _____

Die folgenden Angaben sind hilfreich, aber nicht notwendig:

Geburtsdatum bzw. Jahrgang _____

Beruf/Tätigkeit _____

Auf die INWO wurde ich aufmerksam durch:

☐ Faltblatt ☐ Bekannte ☐ Internet ☐ Vortrag ☐ Seminar ☐ Sonstiges _____

Datenschutz: Ihre Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst und nur durch vom Vorstand der INWO unmittelbar Beauftragte für vereinsbezogene Zwecke verarbeitet und genutzt. Die Daten dürfen dabei nicht an Dritte weitergegeben werden. Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg/F.

Wenn Sie **nicht** am Lastschrift-Verfahren teilnehmen möchten, bitten wir Sie **einen jährlichen Dauerauftrag** bei Ihrer Bank einzurichten. Wir bitten um Beitragszahlung bis zum 1. Mai des jeweiligen Jahres.

Gläubiger-Identifikationsnummer der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO): DE90NWO00000047916

Einzugsermächtigung: Ich ermächtige die INWO e.V. widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem Konto einzuziehen.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige die INWO e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der INWO e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

IBAN: DE__ | ____ | ____ | ____ | ____ | __ BIC: _____ | ____

Name des Kreditinstituts: _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Vorstand: Vlado Plaga, Erich Lange - Registergericht: Amtsgericht Frankfurt/Main, Registernummer: VR 10338

IBAN: DE32 4306 0967 6010 4514 00 - BIC: GENODEM1 GLS

Kto.Nr. 6010 4514 00 - BLZ 4306 0967 - GLS Gemeinschaftsbank e.G.

■ Do., 17. September 2015, 19.00 Uhr,
Brauhaus Wichtel, Böblingen

Wöchentliches Treffen der INWO- Regionalgruppe Stuttgart

Wöchentlich treffen sich Aktive aus Stuttgart und Umgebung, um aktuelle Ereignisse aus Wirtschaft und Politik zu besprechen und Aktionen und Veranstaltungen zu planen. Weitere Treffen am 24. September, 1. und 8. Oktober

Anfahrt: www.wichtel.de/anfahrt_bb.php,
Kontakt und Info: Stuttgart@INWO.de

■ Fr.-So., 25.-27. September 2015, Tagungs- haus Mühlrain, Niederbeisheim, Hessen Demokratiekonferenz Herbst 2015

Anthropologische und soziale Grundlagen zur Entwicklung von Basisgemeinschaften, Nachbarschaften und Gemeinden als Subgliederung und Binnenstruktur der autonomen Regionen im Sinne der »Charta für ein Europa der Regionen«
Mehr Infos: www.demokratiekonferenz.org

■ Sa, 10. Oktober 2015, 12 Uhr am Berliner Hauptbahnhof Stop TTIP/CETA-Demo

Bundesweite Großdemonstration, da im Herbst die Auseinandersetzung um die Handels- und

Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase geht.

Mehr Infos unter: ttip-demo.de/home/

■ Fr, 30. Oktober - So., 1. November 2015, Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Wuppertal Jahresfeier der Humanen Wirtschaft

Mehr Infos unter: www.humane-wirtschaft.de

■ Fr, 30. Oktober 2015, 10-18 Uhr, Silvio-Gesell-Tagungsstätte, Wuppertal Spezialseminar zur »Geldschöpfung«

Was brauchen wir nun, Vollgeld oder Fließendes Geld oder beides? In den aktuell gültigen Lehren der Volkswirtschaft wird der Begriff Geld für verschiedene Aggregate verwendet. Ergeben sich hieraus Fehlinterpretationen? Warum bieten Banken überhaupt Zinsen auf Einlagen? Wie sieht die technische Umsetzung bezüglich der Einführung von Vollgeld aus?

Zins und Zinseszins kann jede(r) gut verstehen, exponentielle Wachstumsprozesse können im-

mer nur zeitlich begrenzt funktionieren. Insofern ist hier die Notwendigkeit einer Veränderung im Geldsystem bereits offensichtlich. Betrachtet man jedoch Bankbilanzen, Eigenkapitalvoraussetzungen, Mindestreservesätze und Fristenkongruenzen, wird es schnell deutlich komplexer. Die Veranstaltungsreihe von Steffen Henke erfolgt in Zusammenarbeit mit der »Humanen Wirtschaft« und der INWO Deutschland. Abonnenten der »Humanen Wirtschaft« und Mitglieder der INWO erhalten einen rabattierten Seminarpreis!

Infos unter: www.neuesgeld.net

■ So, 15. November 2015, 10-18 Uhr, Berlin Spezialseminar zur »Geldschöpfung« Infos unter: www.neuesgeld.net

■ Sa-So, 21.-22. November 2015, Reinhardts- waldschule, Rothwestener Straße 2-14, Fuldatal-Simmershausen Info: www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de

Termine Deutschland

56. Mündener Gespräche: »Von den Grenzen des Wachstums zum stationären Wirtschaften«

1972 schreckten Donella & Dennis Meadows und Jørgen Randers die Welt mit ihrem Bericht des Club of Rome »Grenzen des Wachstums« auf und es gab vielerlei Bestrebungen, die Wirtschaft von ihrem als gefährlich erkannten Wachstumskurs abzubringen. Die ökologische Bewegung nahm damals kräftig an Fahrt auf. Aber im Laufe der 1980er und 1990er Jahre verlor sie an Schwungkraft, als sich der Glaube verbreitete, dass sich der Kapitalismus durch einen technischen Wandel umweltfreundlich umbauen ließe, ohne seine Grundstrukturen in Frage zu stellen. Mit Zauberformeln wie »Ökologische Modernisierung«, »Green New Deal« usw. wurden inzwischen mehr als 30 Jahre an kostbarer Zeit verschenkt, die sich für einen grundlegenden Kurswechsel hätte nutzen lassen.

Zwar sind auch technische Effizienzsteigerungen notwendig, aber sie allein werden keinesfalls ausreichen, die auf die Menschheit zurollenden Probleme der Erderwärmung und der gewaltsamen Auseinandersetzungen um die knapper werdenden Ressourcen zu bewältigen.

Es ist dringend an der Zeit, sich die »Grenzen des Wachstums« wieder stärker vor Augen zu führen, wie es kürzlich zum Beispiel durch den »Living-Planet-Report« des WWF geschah (www.wwf.de/living-planet-report/). Und es ist an der Zeit, stärker über einen Übergang vom Wirtschaftswachstum zu einem stationären Wirtschaften nachzudenken. Dies wird das Gesamtthema der 56. Mündener Gespräche sein. Wir werden uns auf eine Spurensuche begeben und uns an frühe, weit-

gehend in Vergessenheit geratene Ansätze einer Wachstumskritik erinnern. Außerdem wollen wir uns im Dialog mit aktuellen Diskussionen in der Standardökonomie darüber verständigen, was genau unter einer stationären Wirtschaft zu verstehen ist und welche Voraussetzungen für sie geschaffen werden müssen. Und wir wollen uns vor dem Hintergrund der aktuellen Negativzinsentwicklung experimentell auf theoretisches Neuland begeben und überlegen, ob minimale oder gar negative Zinsen den Weg zum stationären Wirtschaften erleichtern könnten.

Zur Mitwirkung bei diesem ebenso notwendigen wie spannenden Gedankenaustausch sind Sie herzlich eingeladen.

Das Programm

Sa., 21. November 2015

9.15 Uhr **Begrüßung und Einführung in die Tagung**
Dipl.-Volksw. Ass.jur. Jörg Gude

9.30 Uhr **Leopold Kohr – Wachstumskritiker der ersten Stunde**
Dr. Helmut Woll, Bremen

11.00 Uhr **Das Ende des Kapitalismus bei Marx, Gesell, Schumpeter und Keynes**
Dipl.Volksw. Ass.jur. Jörg Gude, Steinfurt

14.30 Uhr **Von der Barfuß-Ökonomie zu einer Ökonomie der Nächstenliebe**
Prof. Dr. Felix Fuders, Universidad Austral, Valdivia/Chile

16.30 Uhr **Stationäres Wirtschaften – Charakteristika und Voraussetzungen**
M.Sc. Oliver Richters, Universität Oldenburg und 1. Vors. der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ)

20.00 Uhr **Degrowth braucht eine Reform der Geld- und Ressourcenordnung**
Beate Bockting, Redaktion »Fairconomy« und INWO e.V., Greven

& Dipl.-Math. Alwine Schreiber-Martens, INWO e.V., Jahnishausen/Riesa

So., 22. November 2015

9.15 Uhr **Durch Negativzinsen zu Wachstum oder stationärem Wirtschaften?**
Prof. Dr. Johann Walter, Westfälische Hochschule Gelsenkirchen

10.45 Uhr **Diskussion zum Vortrag und zusammenfassendes Rundgespräch**

12.30 Uhr **Ende der Tagung**

Info: www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de



Silvio Gesell 1916 zur »Enteignung der Sparer« durch sinkende Zinsen

»Der Rückgang des Zinsfußes ist ja bedauerlich vom Standpunkt der schon beschriebenen Seiten meines Sparkassenbuches, aber umso erfreulicher ist er vom Standpunkt der unbeschriebenen. Und diese sind bei weitem in der Mehrzahl.

Denn Zins! Was ist denn Zins? Wer bezahlt den Zins?

Was ich heute spare, das ist das, was mir von meinem Lohn übrigbleibt, nachdem ich in meinen persönlichen Ausgaben meinen Teil entrichtet habe von den Zinsen, die der Staat und die Gemeinde ihren Gläubigern zahlen müssen, die von den Kapitalisten gefordert werden für die Benutzung der Häuser, Maschinenanlagen, Vorräte, Rohstoffe, Eisenbahnen, Kanäle, Gas- und Wasser-Anlagen usw. Fällt der Zins, so wird alles entsprechend billiger und ich werde entsprechend größere Summen sparen können. Meinen Verlust an Zinsen auf die schon gesparten Summen werde ich also tausendfach wiedergewinnen durch meine größeren Ersparnisse. ...

Also weit entfernt, mir zu schaden, würde mir der völlige Wegfall des Zinses das Sparen ganz außerordentlich erleichtern. ...

So erweist sich also die alte Theorie, dass Gold und der Zins das Sparen erleichtern, als Schwindel. Der Zins macht das Sparen für die große Masse unmöglich. ...

Die Rentner* mögen den Rückgang des Zinses beklagen; wir Sparer oder sparenden Arbeiter müssen dagegen ein solches Ereignis freudig begrüßen. Wir werden niemals von Renten* leben können, wohl aber von unseren Ersparnissen, und zwar mit Behaglichkeit bis an unser Lebensende. Wir werden unseren Erben auch keine Zinsquelle (Kapital) hinterlassen, aber haben wir für unsere Nachkommen nicht genug gesorgt, wenn wir ihnen wirtschaftliche Einrichtungen hinterlassen, die ihnen den vollen Arbeitsertrag sichern?«

aus: Silvio Gesell: **Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld**. In: Gesammelte Werke, Band 9, Fachverlag für Sozialökonomie, 1991. S. 162f.

* Unter »Rentnern« sind hier nicht Altersrentner zu verstehen, sondern Bezieher von »Renten« = leistungslosen Kapitaleinkommen